Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Märzhälfte 1500.— Mk. Einzelverkaufspr. 120 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf: 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 300.— Mark, auswärtige 350.— Mark. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Mk., für Reklamen 1200.— Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf: 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 67. Dienstag, 20. März 1923. 30. Jahrgang.

Die Lage im Ruhrgebiet.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Die große Kundgebung in Hamm am letzten Sonntag hat gezeigt, daß es um die deutsche Sache nicht schlecht bestellt ist. Wer Gelegenheit nimmt, mit den maßgebenden Instanzen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, über die Wirtschaftslage, die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, kurzum über alles das zu sprechen, was für einen glücklichen Ausgang des uns aufgezwungenen Kampfes entscheidend ist, muß ebenfalls bestätigen, daß Poincares Hoffnung auf eine bedingungslose Kapitulation Deutschlands nicht im geringsten gerechtfertigt ist. Gewiß kostet der Kampf an der Ruhr Deutschland ebenfalls außergewöhnliche große wirtschaftliche Opfer, deren Folgewirkungen nicht von heute auf morgen in Erscheinung treten. Aber es heißt bewußt der deutschen Sache Schaden zufügen, wenn auf Grund dieser wirtschaftlichen Opfer Schlußfolgerungen gezogen werden, die im Ausland den Eindruck erwecken müssen, daß Deutschlands Kapitulation bevorsteht!

Wie liegen die Verhältnisse in Wirklichkeit? Die Lebensmittelversorgung im gesamten besetzten Gebiete ist ausreichend. Infolge der Verkehrsschwierigkeiten auf der Eisenbahn muß die Ware mit anderen Transportmitteln befördert werden. Die besonderen Frachtkosten wirken sich stark auf die Preise aus, sie tragen zum Teil mit dazu bei, wenn die Löhne der Arbeiter- und Angestelltenschaft der privaten Industrie im Industriegebiet bis jetzt noch nicht im Verhältnis zu den hohen Aufwandskosten für die Lebensweise stehen. Deshalb muß man sich auf neue Lohnverhandlungen gefaßt machen. Bei dieser Gelegenheit könnte das Reichswirtschaftsministerium wieder gut machen, was es durch die Behandlung bestimmter Arbeiterschichten im Innern Deutschlands aus Anlaß neuer Lohnverhandlungen indirekt der deutschen Abwehrfront geschadet hat.

Durchaus zufriedenstellend ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Arbeitslose gibt es im Innern des Industriegebietes kaum. Soweit sie vorhanden sind, wird ihnen durch Notstandsarbeiten Arbeitsmöglichkeiten gegeben. Linksrheinisch liegen die Verhältnisse nicht so gut. Hier gibt es zahlreiche Arbeitslose infolge der Verkehrsschwierigkeiten, ferner durch den sich bemerkbar machenden Rohstoffmangel. Die Tabakindustrie liegt restlos lahm. **Dagegen brauchte bisher nicht ein deutscher Hochofen ausgeblasen zu werden, während in Frankreich fast ⅔ aller Hochöfen stillgelegt wurden.** Der hierzu notwendige Kalk wird im besetzten Gebiet selbst gewonnen und ist in genügendem Maße vorhanden. Auch an den sonst notwendigen Rohstoffen besteht bisher kein Mangel. Die Bergwerke weisen natürlich einen starken Produktionsrückgang auf. Sie fördern heute fast ausschließlich nur noch den Selbstverbrauch und den Bedarf für Industrie und Gemeinden im Ruhrgebiet. Das sind ungefähr 50 Prozent der bisherigen Förderleistung. Schon daraus ergibt sich, daß der Ertrag der französischen Beuteunternehmungen an Kohle und Koks nicht groß sein kann. An der Versorgung der Gemeinden mit Kohle ist die Besatzung selbst interessiert, um Wasser und Licht zu erhalten. Deshalb unterläßt sie die Eingriffe in die Kohlenversorgung der Gemeinden.

Der Verkehr auf der Eisenbahn ist infolge der Beschlagnahme großer Strecken sowie der besten Maschinen und Wagen nur notdürftig. Aber ebenso notdürftig ist der Verkehr der Franzosen auf den militarisierten Eisenbahnlinien. Bisher haben sie auf den ihrer Aufsicht unterstehenden Strecken einen geregelten Betrieb nicht zustande gebracht. Lediglich das Notdürftigste an Proviant wird gefahren, ab und zu sieht man auch einen Reklame-Personenzug ohne Passanten. **Die deutsche Bevölkerung lehnt es ab, die von Franzosen gefahrenen Züge zu benutzen.** An diesem Verhalten hat auch die Einrichtung französischer Bureaus zur Werbung von Passanten nichts geändert. Man ist deshalb dazu übergegangen, zweifelhafte Personen gegen Bezahlung in den Zügen zu befördern. Aber auch hier haben sich nur wenig zweifelhafte Naturen gefunden. Neuerdings gestatten die Franzosen wieder die Ausfahrt deutscher Lebensmittelwagen. Diese Wagen wurden bisher zurückgehalten, sodaß die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln dem Reich täglich eine große Menge guter geschlossener Güterwagen kostete. Diese Maßnahme der Besatzung war als Entgelt für die Zurückhaltung deutscher Kohlenwaggons aus dem Ruhrgebiet gedacht.

Leider verschuldet der Bureaukratismus, der die Eisenbahndirektionen des Westens auszeichnet, manchen Verlust an Material und Geld. In Duisburg hat man den Franzosen bisher z. B. dreimal das Vergnügen der Beschlagnahme von Lohngeldern gemacht. Das war nur möglich, weil die Lohnauszahlungen trotz der wiederholten Beschlagnahmen immer wieder am gleichen Ort und zu gleicher Zeit vorgenommen wurden. Und warum? Weil nach den Aussagen der Beamten eine Verfügung, die die Auszahlung der Löhne an einem anderen Orte als sonst bestimmte, nicht vorlag. Diese Verantwortungslosigkeit hat dem Reich bisher hunderte von Millionen gekostet. Dem gleichen Geist ist der Verlust von mehreren Milliarden für Material zu verdanken, das von den Franzosen beschlagnahmt worden ist, obwohl wochenlang Zeit war, es in Ruhe an einen sicheren Ort abzutransportieren. Was gedenkt der Herr Reichseisenbahnminister gegenüber diesem Bureaukratismus zu unternehmen?

Außer dem Bureaukratismus in der Eisenbahnverwaltung des Westens wird **das hetzerische Treiben organisierter deutschvölkischer Banden** im besetzten Gebiet zur Gefahr für die deutsche Sache. Der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Genosse Husemann, hat die Regierungsmitglieder am Sonntag in Hamm aus guten Gründen, die man hoffentlich inzwischen auch in Berlin erfahren hat, auf die Treibereien der Rechten aufmerksam gemacht. Hier muß gehandelt werden, wenn man die deutsche Arbeiterschaft bei der Stange halten will.

Alles in allem gibt die Lage im Ruhrgebiet vorläufig keinen Anlaß zu Befürchtungen über die Haltung der Abwehrfront. **Wenn das so ist, dann trägt hieran die deutsche Arbeiterschaft den wesentlichsten Anteil. Sie hat zum Teil Haus und Hof geopfert, Verhaftungen und Ausweisungen über sich ergehen lassen und wird wahrscheinlich noch viel mehr ertragen müssen. Sie erwartet hierfür keinen Dank, aber sie verlangt zum mindestens ebenfalls Opfer der besitzenden Schichten des Volkes, für die jene erst kürzlich im Reichstag verabschiedeten Steuergesetze hier nicht als Kennzeichen betrachtet werden.**

Ein französischer Soldat erschossen.

Nach Pariser Pressemeldungen ist am Sonnabend am Essener Hauptbahnhof ein französischer Soldat von unbekannten Tätern erschossen worden. Der deutsche Nachrichtendienst hat bisher nichts darüber gebracht; offenbar haben die Besatzungsbehörden das Ereignis nach Deutschland hin in den Schleier des Geheimnisses gehüllt und es nur nach Paris — zu Hetzzwecken — melden lassen.

Hierzu meldet eine Bochumer WTB.-Depesche am Montagmittag: Nach französischen Meldungen ist in der Nacht zum Sonntag am Essener Hauptbahnhof ein französischer Posten erschossen worden. Da die Franzosen annehmen, daß der Posten von einem Deutschen erschossen worden ist, haben sie heute früh als Geisel folgende Herren verhaftet: Reichstagsabgeordneter Geheimrat Dr. Quaatz in seiner Eigenschaft als ehemaliger Syndikus der Handelskammer, Landgerichtspräsident Dr. Volmer, ferner den Direktor der Essener Reichsbankstelle, Peckolt, sowie je einen Direktor der Essener Großbanken. Der stellvertretende Bürgermeister Bode wurde von den Franzosen gesucht, aber nicht gefunden.

Wie ein amerikanischer Journalist berichtet, der in der Nacht zum Sonntag in Essen war, stürzten sich alsbald nach der Auffindung des getöteten Postens mehrere französische Soldaten auf einige deutsche Automobillenker, die in der Nähe des Bahnhofs in einer Wirtschaft Kaffee tranken, und richteten sie mit Kolben und Bajonett fürchterlich zu. . . .

*

SPD. Duisburg, 19. März.

Die französische Besatzung hat 69 Duisburger Eisenbahnerfamilien, die in Dienstwohnungen untergebracht waren, befohlen, innerhalb 24 Stunden die Häuser zu räumen. Da es in Anbetracht der Wohnungsnot in Duisburg unmöglich ist, den obdachlosen Eisenbahnerfamilien Wohnungen zu verschaffen, hat die Stadtverwaltung an die Bevölkerung einen Aufruf gerichtet und fordert auf, die Eisenbahnerfamilien aufzunehmen.

Anm. d. Red.: Wir sind der Auffassung, daß es schon eine Möglichkeit gibt und daß diese Möglichkeit in der Zwangseinquartierung besteht.

*

SPD. Aus dem Ruhrgebiet, 19. März.

Das Eisenbahnunglück bei Friemersheim hat den Franzosen, wie erst jetzt bekannt wird, viel mehr Opfer gekostet als sie angeben. Nach einwandfreien Mitteilungen blieben 60 Soldaten tot oder starben infolge ihrer schweren Verletzung. Außerdem mußten bis jetzt mehr als 50 Pferde erschossen werden.

Verbot der Ruhrhilfe im besetzten Gebiet.

SPD. Essen, 19. März. (Eig. Drahtber.)

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat im altbesetzten Gebiet an die örtlichen Behörden nachstehendes Schreiben gesandt:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Hohe Kommission beschlossen hat, im besetzten Gebiet jeden Verein oder Komitee der Ruhrhilfe oder gleichartige Organisationen zu verbieten. Auch sind Geldsammlungen, Verkauf von Freimarken, Auszahlung von Unterstützungen, die im Zusammenhang mit diesen Organisationen stehen, streng verboten."

Auf Grund dieses Schreibens sind bereits in einer Reihe von Städten Beschlagnahmen von Geld erfolgt. In Rheydt haben die Belgier 100 Millionen der Stadt, 5 Millionen für Erwerbslose und 68 Millionen von der Reichsbank, welche für die Eisenbahner bestimmt waren, beschlagnahmt. In München-Gladbach sind 10 Millionen Mark beschlagnahmt worden, die ebenfalls für Erwerbslose bestimmt waren. In Hainsberg sind 102 Millionen Mark beschlagnahmt worden. In Krefeld machen die Belgier die größten Anstrengungen, um festzustellen, wo die Gelder für die Ruhrhilfe und die Erwerbslosenfürsorge niedergelegt sind. Bis jetzt ist es ihnen nicht gelungen, irgendwelche Gelder in Krefeld aufzufinden.

Die französischen Ruhrkosten.

TU. Paris, 20. März.

Eine Note des Quay de Orsay besagt: Verschiedene Mitteilungen, die in der Presse erschienen sind, haben für die Kosten der Ruhrbesetzung eine übertriebene Ziffer genannt. Aus dem Briefe des Finanzministers an das Finanzkomitee geht hervor, das die vom Parlament verlangten Kredite zur Deckung der gesamten Ausgaben für das erste Vierteljahr sich auf 196 Millionen belaufen. Da von dieser Summe ein Betrag von 36 Millionen abzuziehen ist, um die sich die Erhaltung der Truppen im Innern Frankreichs verbilligt, bleibt für die ersten drei Monate des Jahres eine Summe von 160 Millionen übrig.

Interventionsgerede.

Dr. L. Lübeck, 20. März.

Seit bald zwei Wochen tauchen täglich Interventionsgerüchte auf. Bald soll es England sein, das einschreiten will; dann wird wieder Amerika diese Rolle zugedacht.

All diesen Gerüchten folgten aber bisher die Dementis auf den Füßen. Bonar Law hat es weit von sich gewiesen, Frankreich irgendwelche Vorschriften zu machen. Und die amerikanische Regierung hat mehr als einmal erklärt, daß für sie kein Anlaß vorliege, sich in die dummen europäischen Streitigkeiten einzumischen.

Die merkwürdigste Rolle aber spielt Paris. Die umlaufenden Verhandlungs- und Versöhnungsgerüchte erblickten nämlich alle, wie es sich jetzt nachträglich herausstellt, auf den Pariser Boulevards das Licht dieser vergänglichen Welt. Sie machten meist über die englisch geschriebene französische Presse (wie Chicago Tribune) die Runde um die Welt. Und die französische Presse, wie Temps, Echo de Paris, bliesen ihnen dann wieder das Lebenslicht aus; indem sie die angegebenen Verhandlungsgrundlagen samt und sonders als undiskutabel schroff ablehnten.

Ein schöner Wirrwarr! Aus welchen Gründen? Die einen sagen: Börsenmanöver, zur Stützung des wackeligen französischen Franken; die andern: Produkte der französischen Verlegenheit, die nicht mehr ein noch aus wisse.

Wofür soll man sich entscheiden? Die ernste französische Presse ist undurchsichtiger als je. Frankreich hat nämlich auch seine Einheitsfront, genau wie Deutschland. Die Kritik wird gezügelt, die öffentliche Meinung stark beeinflußt und verschleiert. Und nach den Witzblättern allein kann man die Boulevardluft nicht beurteilen. Es ist eine besondere Eigenschaft des Franzosen, daß er über seine Politik sich auch dann lustig macht, wenn er nicht im geringsten daran denkt, sie zu ändern.

Spaßhafte Inserate, wie: „Die Reparationskohle wird von unseren braven Poilus in großen Mengen aus dem Ruhrgebiet nach Paris transportiert. An besonders gute Patrioten wird sie in jeder Menge kostenlos abgegeben. Handtaschen sind mitzubringen!" beweisen doch nur sehr wenig über die eigentliche Volksstimmung.

Ein gewisser Umschwung ist in der französischen Presse jedoch festzustellen. Man beginnt das Wort „Garantien" anders auszulegen. Die „produktiven Pfänder" verschwanden sang- und klanglos in der Tiefe, von „wirtschaftlichen" Garantien spricht kein Mensch mehr.

Unter „Garantien" sollen jetzt nur noch militärische Sicherheiten zu verstehen sein. Sicherheiten für das schwerbewaffnete Frankreich gegen das völlig entwaffnete Deutschland. Ist es nicht zum Lachen?

Worin diese Sicherheiten bestehen sollen, darüber wollen wir heute nicht sprechen. Die französische Presse läßt ihrer ausschweifenden Phantasie hemmungslos die Zügel schießen und spricht von einem neutralen Rheinstaat (besonders aus Anlaß des Attentats auf Smeets), spricht auch von einer sofortigen Regelung des Saarproblems, einer dauernden Kontrolle des Ruhrgebiets, einer Verlängerung der Besetzungsfrist usw.

Aber das ist alles Gerede. Mit einem ganz andern Zweck! Die französische Politik will aus ihrer Isolierung heraus, will den beginnenden Umschwung in der englischen und amerikanischen Politik verhindern.

Um das zu verstehen, muß man die ganze Entwicklung seit dem Versailler Vertrag kurz überblicken. Der Friede gab Frankreich die unbedingte politisch-militärische Vorherrschaft in Europa. England erhob dagegen keinen Einspruch, weil es Frankreich wirtschaftlich nicht fürchtet. Und weil die Entwicklung das Schwergewicht der Weltgeltung von der Politik zur Wirtschaft verschoben hat.

Das ist jetzt nachträglich auch Frankreich zum Bewußtsein gekommen. Es streckt deshalb seine Hände auch nach weltwirtschaftlicher Geltung aus und braucht zu diesem Zwecke die Kraft der deutschen Produktion, hauptsächlich das Ruhrgebiet.

Das berührt die englische Vormachtstellung in der abendländischen Wirtschaft. Darin aber versteht England keinen Spaß. Was alle deutschen Beschwörungen, was alle französischen Drohreden nicht erreichen konnten, die Sorge um die europäische Profitverteilung der Zukunft hat England in Rage gebracht.

Deshalb lenkt Frankreich wieder ein. Behauptet, wirtschaftliche Machtziele im Ruhrgebiet überhaupt nicht zu haben, sondern nur seiner eigenen Sicherheit dienen zu wollen. Die französische Umkehr ist also nur Politik, bedeutet deshalb für die Einschätzung der wahren Absichten Frankreichs nichts.

Die Verhältnisse sind nach wie vor völlig unklar. Die französische Politik hat den fortwährenden Krisenzustand der letzten Wochen noch nicht überwunden. Mit den schlimmsten Gewalttaten muß nach wie vor gerechnet werden.

Unterdessen verschiebt sich der Schwerpunkt der europäischen Politik trotz der absoluten Passivität Bonar Laws mehr und mehr nach London. Die Unterhaus-Opposition — Arbeiterpartei und Liberale — übernimmt mehr und mehr die

Führung der öffentlichen Meinung Englands. Sie macht Bonar Law seit einigen Tagen in sehr geschickter Weise solche Schwierigkeiten, daß das englische Kabinett sich endlich zu entscheidenden Schritten aufraffen muß.

Zu der interessanten Zuspitzung in der englischen auswärtigen Politik infolge der Unterhausdebatten der letzten Tage werden wir morgen ausführlich Stellung nehmen.

Die neuen Pläne Poincarés.

TU. London, 19. März.

Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt: Es verlautet, daß die französische Regierung die britische Regierung befragt hat, ob Großbritannien geneigt ist, sich an Maßnahmen zu beteiligen, die dazu bestimmt sind, die Abrüstungsbestimmungen des Friedensvertrages Deutschland gegenüber zu erzwingen. Wie auch der tatsächliche Wortlaut der französischen Mitteilung geschaffen sein mag; es ist klar, daß formell eine neue Frage gebraucht wird und daß die Tür der interalliierten Beratungen über die Sicherheit Frankreichs geöffnet wird. Die Verhandlungen würden von der Frage der Reparationen auf die Frage der Sicherheit ausgedehnt. Die Pläne sehen die Schaffung einer interalliierten oder internationalen Kontrolle der Rhein- und Ruhr-Bahnen, ein anderer Plan Entmilitarisierung des linken Rheinufers unter Kontrolle der Alliierten vor. Weitere Pläne umfassen die Schaffung eines Pufferstaates mit außerordentlichen Befugnissen und die Internationalisierung des linken Rheinufers unter Kontrolle des Völkerbundes. Dem Berichterstatter der „Times" zufolge, scheint man zurückgekommen zu sein zu der französischen Idee einer gründlichen Abänderung des Versailler Vertrages mit Bezug auf seine militärischen Bestimmungen..

Französische Propagandareden.

Paris, 20. März.

Loucheur hat in seiner gestern in Grenoble gehaltenen Rede zum Schlusse noch erklärt, die öffentliche Meinung der Welt beginne zu begreifen, daß Deutschland die Grenzen des Widerstandes überschritten hat und daß nur noch die Sicherheit Frankreichs den Frieden der Welt gewährleisten könne.

Barthou betonte in seiner Ansprache bei dem gestrigen Festessen der Pariser Journalisten zu Poincare: Sie können und müssen so lange warten, bis Deutschland und Belgien seine Vorschläge überbringen wird. Poincare behauptete in seiner Antwort, Deutschland werde in kurzer Zeit gezwungen sein, unsere Reparationen sicher zu stellen und unsere militärische Sicherheit zu garantieren. Dann wird der Friede der Welt, der so lange erwartet wird, verwirklicht werden.

Amerikas Kostenforderungen.

Paris, 20. März.

In der Frage der Entschädigung Amerikas für seine Besatzungskosten am Rhein ist auf die Vorschläge der Pariser interalliierten Ausschusses eine Antwort aus Washington eingetroffen. Die amerikanische Regierung lehnt es entschieden ab, ihre Kosten aus den während des Krieges beschlagnahmten deutschen Schiffen zu decken. Sie verlangt vollste Deckung ihrer Auslagen aus den von den Alliierten erzielten deutschen Zahlungen. Sie erklärt sich jedoch damit einverstanden, daß sie von den bisher eingegangenen Beträgen nichts vergütet erhält, dagegen verlangt sie eine Beteiligung an den weiterhin einlaufenden Zahlungen. Den Zeitraum von 12 Jahren, der vom Ausschuß als Frist für die Tilgung der amerikanischen Ansprüche vorgeschlagen war, lehnt die amerikanische Regierung als zu lange bemessen ab. Die Verhandlungen des Pariser Ausschusses werden fortgesetzt.

Der Mord an dem Buchdruckereibesitzer Schulte.

Essen, 20. März.

Die angestellten Ermittlungen über die Vorgänge in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag, in deren Verlauf ein französischer Soldat und der 38jährige Buchdruckereibesitzer Schulte erschossen wurden, haben einwandfrei ergeben, daß Schulte als Täter bei dem Anschlag auf den französischen Soldaten keinesfalls in Frage kommen kann. Von mehreren Zeugen wird an Eidesstatt bekundet, daß Schulte weder eine Waffe besaß, noch eine solche bei sich getragen hat.

Republikanische Studentenkundgebung.

Die Tagung des Kartells republikanischer Studenten Deutschlands und Oesterreichs nahm am 17. März ihr Ende. Am Abend zuvor fand im Frankfurter Palmengarten eine mächtige Kundgebung für die Republik statt. Am Sonnabend vormittag erstatteten die einzelnen Universitätsstädte Bericht, aus dem hervorgeht, daß in fast allen Städten eine sehr rege Tätigkeit entfaltet wurde und daß sich fast durchweg republikanische Arbeitsgemeinschaften gebildet haben. Die Satzung und Richtlinien wurden mit großer Mehrheit angenommen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung drücken die republikanisch gesinnten Studierenden Deutschlands und Deutschösterreichs den Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr für ihr tapferes Bekenntnis und ihre aufopfernde Treue zur deutschen Republik ihren Dank aus und erklären, daß sie im festen Glauben an den Erfolg des passiven Widerstandes einmütig hinter den Kämpfenden stehen. In einer anderen, ebenfalls einstimmig angenommenen Resolution wird erklärt: „In Zeiten beispielloser äußerer Bedrängnis haben sich alle Deutschen um die deutsche Republik zu scharen. Die deutsche Republik verbürgt allein die Mitarbeit der Arbeiterschaft für die Wiederaufrichtung Deutschlands und zugleich unsere Abwehrstellung am Rhein und an der Ruhr. Deswegen müssen alle Republikaner zusammenwirken gegen Umsturzversuche von rechts und links zur Verteidigung und Festigung der deutschen Republik und damit der Zukunft Deutschlands". In einem Begrüßungstelegramm an den Reichspräsidenten erneuert das Kartell im Geiste des deutschen Freiheits- und Einheitskampfes von 1848 „das Bekenntnis unverbrüderlicher Treue zur deutschen Republik in Not und Gefahr".

Teuerung und Eisenbahntarif.

Die Forderungen der Verbraucher und die Mahnungen der Regierung, endlich die Preise dem gesunkenen Dollarkurs anzupassen, werden von den Produzenten immer wieder mit dem Hinweis auf die hohen Eisenbahntarife beantwortet, die angeblich einen Preisabbau unmöglich machen. Wir haben bereits verschiedentlich darauf hingewiesen, wie unzutreffend diese Argumentation der Großverdiener ist. Das Reichsverkehrsministerium hat jetzt eine sehr umfangreiche Zusammenstellung der Preis- und Frachtsteigerungen bei verschiedenen wichtigen Produkten herausgegeben, die zur Genüge beweist, daß am allerwenigsten die Tarifpolitik der Reichsbahn an den hohen Preisen schuld ist. In keinem Falle — abgesehen von den Fetten, die in ganz besonders hohem Maße den Kursschwankungen unterliegen — sind die Tarife der Reichsbahn den Preisen vorangeeilt. Die Steinkohle z. B. hat im Februar d. J. den zehntausendfachen Preis der Vorkriegszeit erreicht, während die Fracht auf 500 Kilometer zur selben Zeit nur um das viertausendfache gestiegen ist. Aehnlich liegen die Verhältnisse beim Gießerei-Roheisen, nur hat hier die Fracht um ein weniges schärfer angezogen und das viertausendfünfhundertfache der Vorkriegszeit erreicht. Bei der Margarine hielten sich bei Abschluß der Tabelle im Februar Preis und Fracht — mit einem ganz geringen Unterschied zuungunsten der Fracht — die Wage. Die Kartoffeln haben das viertausendfünfhundertfache des Friedenspreises erreicht, während die Fracht für einen Zentner auf 2000 Kilometer in Wagenladungen auf das zweihundertfünfzigfache gestiegen ist. Wenn man den Preis der nachstehend aufgeführten Produkte mit 100 einsetzt, dann ergibt sich für die Fracht auf 750 Kilometer folgender Prozentsatz: Hochofenkoks im Jahre 1914: 87,5 Proz., am 1. März 1923: 24,7 Proz.; Gießerei-Roheisen: 22,8 Proz. und 10,5 Proz.; Zink: 7,6 Proz. und 3,8 Proz.; Kali-Düngesalz (40 Proz.): 14,8 Proz. und 13 Proz.; Roggenmehl: 17,6 Proz. und 11,9 Proz.; Kartoffeln: 25,9 Proz. und 11,2 Proz.

Diese wenigen Zahlen mögen genügen, um zu zeigen, daß die Preise noch eine sehr starke Reduzierung erfahren müssen, um zu zeigen, daß sie auf das Niveau der Tarife der Reichsbahn gesenkt werden sollen. Dazu aber ist ferner zu bemerken, daß die Reichsbahn erst im Jahre 1922 begann, ihre Tarife in schneller Reihenfolge stark zu erhöhen. In all den Jahren vorher sind aber trotz sehr minimaler Frachtpreiserhöhungen die Preise der Produkte gewaltig in die Höhe gegangen. Auf Kosten der Reichsbahnverwaltung, d. h. auf Kosten der Eisenbahnbediensteten und vor allem der Allgemeinheit haben Industrie, Landwirtschaft und Handel große Verdienste eingestrichen. Bei einer noch so starken Steigerung der Tarife wird es der Reichsbahn niemals möglich sein, die Verluste aus den Jahren 1918—1922 wieder einzuholen. Im übrigen sei gestattet zu bemerken, daß unsere Erfahrungen seit der Senkung des Dollarkurses um 50 Proz. uns absolut nicht zu der Hoffnung berechtigen, daß bei einem Abbau der Eisenbahntarife auch ein Abbau der Preise erfolgt.

Bayern schüttelt Ludendorff ab.

Vorstoß des Abg. Held.

München, 16. März.

Der „Regensburger Anzeiger", das Organ des Abg. Held des Führers der Bayrischen Volkspartei, unternimmt einen aufsehenerregenden Vorstoß gegen den General Ludendorff. Er erklärt, daß das Haus Ludendorff gerade eine politische Zentrale geworden sei, in die zahllose Fäden einmünden und nach allen Richtungen hin führen. Auf die Dauer lasse sich die Zurückhaltung Ludendorff gegenüber um so weniger aufrechterhalten, als seine Politik allem anderen als einem bayernfreundlichen Herzen entspringt. Das Blatt schreibt, daß die bedauerlichen Gegensätze in der vaterländischen Bewegung in Bayern zum Teil auf die Schuld des Generals Ludendorff zurückzuführen seien. Ferner wird auf die engen Beziehungen Ludendorffs zur nationalsozialistischen Bewegung hingewiesen und endlich die Art und Weise erwähnt, wie er auf die österreichische Politik Einfluß zu machen bestrebt sei, indem er sich zum Protektor der schwarzgelben Legitimisten in Oesterreich machte und seine Anhänger in Oesterreich gewaltig gegen Bayern hetze mit einer offenen Spitze gegen die Wittelsbacher.

Abbau der Kohlenpreise?

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat ist, wie aus Hamburg gemeldet wird, damit beschäftigt, das notwendige Material zu sammeln, um in eine Prüfung der Frage des Abbaues der Kohlenpreise einzutreten. In der nächsten Woche werden in Berlin zwischen der Reichsregierung und Vertretern des Kohlensyndikats entsprechende Verhandlungen beginnen.

Der Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie für verbindlich erklärt.

TU. Berlin, 20. März.

Das Reichsarbeitsministerium hat den Schiedsspruch für die Märzlöhne der Arbeiter in der Berliner Metallindustrie vom 8. März für verbindlich erklärt. Durch den Schiedsspruch wird der Spitzenstundenlohn von 1100 auf 1265 Mark erhöht.

Das Spießbürger-Abc.

Zur Naturgeschichte des deutschen Philisters.

Von Adolf Glaßbrenner.

In dieser Satire gab Glaßbrenner vor 75 Jahren ein wohlgetroffenes Konterfei der deutschen Bürgerseele, wie sie nach der 1848er Revolution in die Erscheinung trat. Die Zeichnung trifft — mit Beschämung sehen wir's — auch auf den neuesten deutschen Philister von heute zu. Diese „Spezies der großen Menschenmenagerie" kann durch keine äußere Umwälzung geändert und veredelt werden, sie kann nur beseitigt und ausgemerzt werden durch die Heranbildung einer neuen Menschheit.

Diese Spezies der großen Menschenmenagerie des Vaterlandes ist ungemein verbreitet. Man findet sie in allen Städten zu Hunderten, oft zu Tausenden. Der eine Philister ist immer dümmer als der andere; dies ist ihr merkwürdiges Hauptkennzeichen. Außer diesem sind aber noch folgende:

a) Der Philister ist entweder von Adel oder tut sich auf diese [illegible] noch etwas zugute, oder Beamter, oder er hat ein Geschäft, welches ihn anständig ernährt.

aa) Auch er hat mehrere Jungen, von deren Klugheit er gern und oft erzählt.

b) Der Philister ist zufrieden und sieht deshalb nicht ein, wozu Neuerungen sind.

bb) Der Philister sagt sehr deutlich „Gesegnete Mahlzeit!"

c) Der Philister hat früher bei dem Worte Freiheit etwas Angenehmes empfunden; er hat sogar verbotene Bücher gelesen und sich heimlich gefreut, wenn die [illegible] verdammt und [illegible] wurden. Nachdem die Freiheit aber angebrochen, ist sie ihm viel zu unruhig.

d) Im innersten Herzen wünscht sich der neue deutsche Philister wieder unter den Soldaten-, Beamten- und Polizeidruck der [illegible] zurück. Er spricht dies aber nicht wie ein [illegible] offen aus, sondern fürchtet sich, daß man ihm ins Gesicht lache.

e) Der Philister lebt bereits in einem freien Staate, sieht sich aber bei dem Worte Freiheit noch immer um, ob es niemand gehört hat.

ee) Wenn jemand [illegible] der Philister Polizei, weshalb er sich immer umsieht, ob es niemand gehört hat.

f) Da der neue deutsche Philister zu leben hat, so hat er kein Herz für das Elend der Arbeiter und kleinen Bürger.

ff) Dagegen gibt er alle Monate zwei Groschen an die Armen.

g) Der Philister hält dieselbe Zeitung, welche sein Vater gehalten hat.

h) Unter Republik versteht der Philister Mord und Totschlag.

i) Wenn der Philister von einer Volksversammlung hört, so vergräbt er sein Geld.

ii) Er hätte übrigens, wie er zu seiner Frau äußert, nichts dagegen, wenn seinem reichen Konkurrenten einmal die Fenster eingeworfen würden.

k) Er kennt jeden „Ausländer", der nicht „im Orte" geboren ist.

l) Falls der neue deutsche Philister gegen seinen Willen in ein politisches Gespräch gerät, so entscheidet er sich bei allen höheren Staatsfragen durch die einfachen Worte: „Nur keine Aufregung!"

m) Der Philister ist immer sicher. Sobald ihm Gegengründe fehlen, greift er zu seiner ausgebildeten Fähigkeit: grob und roh werden zu können.

n) Wenn der Philister irgendeine Satire liest, fühlt er immer sich getroffen.

nn) Infolge dieser Empfindung schimpft er.

o) Unter Freiheit der Presse versteht der Philister, daß jeder so denken soll wie er.

oo) Daß er gar nicht denkt, daran denkt er nicht.

p) Er kann noch immer nicht die Juden für gleichberechtigt halten.

q) Unter Ordnung versteht der Philister die ganze volle Nichtswürdigkeit der alten Zustände.

qq) Seine Frau ist ganz derselben Meinung.

r) Wenn der Philister mit seinem Vetter allein ist, so leugnet er diesem nicht, daß in der Regierung und in der Kommune noch viele Uebelstände sind.

s) In der Haushaltung des Philisters hat es der Hund viel besser als die Dienstboten.

t) Er ist immer sehr glücklich, wenn er vom „Pöbel" sprechen kann. Diesen sucht er unter sich.

u) Am widerwärtigsten ist dem Philister das Geniale, Poetische, dagegen ißt er Erbsen und Sauerkohl sehr gern.

v) Als Wähler ist er nur im Zweifel, welchen hochgestellten Beamten er wählen soll.

w) Der Staat ist dem Philister etwas Auswendiges. Er gilt ihm als Bratenrock, den er nur bei feierlichen Gelegenheiten anzieht.

ww) Trotzdem fällt ihm nicht ein, daß ein alter Bratenrock ausgeklopft und gebürstet werden und man zuletzt einen neuen haben muß.

x) Aus Besorgnis vor einer Unruhe macht der Philister Unruhen.

y) Der Philister ist gewöhnlich so trocken ernst, daß man in seiner Nähe nach Luft schnappt. Oder er lacht über Roheiten.

yy) Träumen kann er nicht.

z) Das Hauptkennzeichen ist aber: Ein Philister ist immer dümmer als der andere.

zz) Es ist es!

Frauen als Giftmischerinnen.

Der Prozeß gegen die beiden Giftmischerinnen Klein und Nebbe, der dieser Tage in Berlin zur Verhandlung stand, bestätigt die alte Tatsache daß diese Art des Mordes stets in der Meinung der Volksmenge ganz besonders übel angesehen wird. Die Menschen verzeihen eher die brutale, aber offene Gewaltanwendung, die immerhin mit Mut und Gefahr verknüpft ist, als den feigen Giftmord, der im geheimen vorbereitet, im stillen mit aller langsamen Tücke ausgeführt wird. Man nannte in alter Zeit bezeichnenderweise Gifte, „die stillen Schergen des Todes", und es ist auch bezeichnend für diese Mordtat, daß sich von Alters her mit Vorliebe Frauen durch Giftmord derer zu entledigen versuchten, die ihnen in irgendeiner Weise im Wege standen. Aber es hat auch zahlreiche Frauen gegeben, die lediglich aus krankhaften Trieben Giftmorde ausführten.

Die gefährlichste Giftmischerin der neueren Zeit und vielleicht aller Zeiten, deren Name geradezu sprichwörtlich für jede Giftmörderin wurde, war die Französin Marquise de Brinvilliers, die am 16. Juli 1676 in Paris enthauptet wurde. Sie hat ihren großen gesellschaftlichen Einfluß und ihr Vermögen dazu benutzt, um zahlreiche Personen in ihr Verderben mit hineinzuziehen. Von Liebesleidenschaft für einen Rittmeister de Saint-Croix erfüllt, ließ sie sich von diesem ein Gift geben, um ihren Gemahl zu beseitigen. Als dies gelang, wurde sie von einer wahren Mordlust erfüllt, vergiftete ihren Vater, ihre Geschwister und zahlreiche andere Personen, bis dann Saint-Croix bei der Bereitung des von ihr immer wieder verlangten Giftes sich aus Unvorsichtigkeit selbst tötete und so das ganze verbrecherische Treiben ans Licht trat. Es ist charakteristisch, daß es Scribe wagen konnte, dieses menschliche Ungeheuer zum Gegenstand der Bühnenbehandlung, und zwar einer — komischen Oper zu machen. Feuerbach, der berühmte Kriminalist, konnte in Erinnerung an die Brinvilliers Anna Margarete Zwanziger, eine geborene Nürnbergerin, die zahlreiche Giftmorde ausführte, „die deutsche Brinvilliers" nennen, da sie ebenso aus bestialischer Mordlust ihre Taten ausführte.

In Berlin erregten im Anfang des vorigen Jahrhunderts die Mordtaten der Geheimrätin Ursinus Aufsehen, die ihren Gatten, ihre Tante, ihren Geliebten vergiftete, und nachdem ihr dies gelungen war, zahlreiche andere Personen zu vergiften trachtete, angeblich nur um zu probieren, welche Wirkung Gifte verursachen und wieviel man von den Giften geben könne, ohne Schaden anzurichten. Sie wurde zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilt, die sie in Glatz sehr gemütlich verbrachte. Weit merkwürdiger noch war die Giftmischerin Gesche Margarete Gottfried, die 1831 in Bremen gerichtet wurde. Sie war eine genial zu nennende Heuchlerin, die es fertig brachte, von Verwandten und Nachbarn als ein „Engel in Menschengestalt", von Geistlichen von der Kanzel herab als „christliche starke Dulderin" gepriesen zu werden und die dabei doch 15 Giftmorde begangen und 15 andere versucht hatte. Unter ihren Opfern waren ihre eigenen Kinder, die sie aus dem Wege räumte, weil sie ihrer Verheiratung im Wege standen. Sie galt immer als schöne Frau, bis sich im Gefängnis erwies, daß sie nach Entfernung ihrer Schönheitsmittel ein „blasses, entstelltes(?) Gebilde" war.

Das Reich für die Reichen?

Zum Reichsentlastungsgesetz.

Die Reichsregierung ließ im Oktober vorigen Jahres dem Reichstag einen Gesetzentwurf zugehen, dessen Zweck es ist, die Lasten zu vermindern, die dem Reich aus der im Friedensvertrag festgelegten Pflicht entspringen, die durch kriegerische Maßnahmen im Auslande geschädigten Deutschen zu entschädigen. Der Entwurf zerfällt in zwei Teile: ein Liquidationsschädengesetz und ein Gesetz zur Abänderung des Reichsausgleichsgesetzes. Die Maßnahmen zur Herabsetzung der Reichsentschädigungspflicht den genannten Personen gegenüber ergeben sich aus der Unmöglichkeit, bei dem jetzigen Stand der Reichsfinanzen die bisherige Gesetzgebung über die Entschädigung und über das Ausgleichsverfahren aufrechtzuerhalten. Es muß füglich bezweifelt werden, ob die in dem Entwurf vorgesehenen Bestimmungen genügen, um das Reich in nennenswertem Maße zu entlasten. Daneben würde es in der Praxis eine höchst unsoziale und ungerechte Wirkung ausüben, wenn es nicht in wichtigen Teilen geändert werden sollte.

Der Entwurf sieht im wesentlichen als Entschädigung für den durch Liquidation eingetretenen Verlust das Sechsfache des Friedenswertes vor. Dazu kommen, wenn der Geschädigte durch die Liquidation seine wirtschaftliche Lebensgrundlage verloren hat (Entwurzelung), Zuschüsse, die das Sechsfache des Friedenswertes betragen, die sich aber nach Maßgabe des Wiederaufbaues der Existenz bis auf das Achtzehnfache erhöhen können. Auf Grund des Ausgleichsverfahrens übernimmt das Reich die infolge der kriegerischen Maßnahmen nicht beglichenen Schulden Deutscher im Auslande unter Ausschluß gewisser Fälle. Nach dem Entwurf zur Abänderung des Reichsausgleichsgesetzes hat die Rückzahlung des Schuldners an das Reich in Reichswährung unter Anwendung der Währung ihres Nennbetrages zum sechsfachen Vorkriegskurs zu erfolgen. Derselbe Satz wird vom Reich bei Auszahlung von Forderungen, die deutsche Gläubiger im Auslande ausstehen haben, angesetzt. Soweit der Entwurf. Zu welchen Konsequenzen er führt, sei an einigen Beispielen aus der Praxis dargestellt, bei denen ohne Einsetzung der Zinsen das Pfund Sterling = 100 000 Mk. gesetzt wird:

1. Ein Fabrikant hat vor Kriegsausbruch eine Maschine aus England bezogen und ist den Kaufpreis von 10 000 Pfund Sterling infolge des inzwischen eingetretenen Kriegszustandes schuldig geblieben. Er hat während und nach dem Krieg mittels dieser Maschine enorme Gewinne gemacht. Nun soll er — wie es der Friedensvertrag vorschreibt, durch Vermittlung der Ausgleichsämter — bezahlen. Nach dem obigen Gesetzentwurf entledigt er sich seiner Schuld, indem er an das Reich den sechsfachen Vorkriegskurs zahlt, also 1 200 000 Papiermark. Das Reichsausgleichsamt aber schreibt dem britischen Amt 10 000 Pfund Sterling gut; das Reich trägt also die Differenz zwischen 1 200 000 Papiermark und 10 000 Pfund Sterling, mit anderen Worten: das Reich macht dem Fabrikanten aus Reichsmitteln, d. h. auf Kosten der Steuerzahler, ein Geschenk von neunhundertachtundneunzig Millionen Mark.

2. Ein Importeur hat unter Benutzung des ihm von einem Londoner Bankhaus eingeräumten Akzeptkredits für 50 000 Pfund Sterling Kaffee gekauft. Der Kaffee schwamm auf hoher See als der Krieg ausbrach. Das Schiff erreichte glücklich einen neutralen Hafen, sagen wir Rotterdam, wo der Importeur den Kaffee verkaufte und den Erlös in holländischen Gulden stehen ließ. Er zahlt nunmehr an das Reich 6 Millionen Papiermark, während dieses wieder den Unterschied zwischen Papier- und Valutabetrag übernimmt. Das Reich macht also in diesem Falle dem Importeur aus Reichsmitteln ein Geschenk von fünf Milliarden neunhundertundneunzig Millionen Mark.

3. Die Frau eines sehr reichen Bankiers kauft kurz vor Kriegsbeginn in Paris einen Brillantschmuck für 100 000 Frank; Zahlung unterbleibt infolge Kriegsausbruchs. Der Bankier, dessen Frau den Schmuck heute noch besitzt, zahlt dafür an das Reich 480 000 Papiermark, während das Reich dem französischen Amt 100 000 Frank gutschreibt. Das Reich macht also dem Bankier ein Geschenk von zirka einhundertdreißig Millionen Mark.

4. Die Frau eines der größten Grundbesitzer und reichsten Männer Deutschlands hatte bei Kriegsausbruch in London unbezahlte Toilettenschulden in Höhe von 10 000 Pfund Sterling. Der Gesetzentwurf schreibt vor, daß sich das Reich 1 200 000 Papiermark zahlen läßt, während die deutschen Steuerzahler für diese arme Frau, die überdies noch geborene Engländerin ist, den Unterschied zwischen dem Papier- und Valutabetrag aufbringen dürfen!

5. Ein Deutscher hat vor dem Krieg in Monte Carlo sein Geld verspielt und dann 1000 Frank gepumpt, eine Schuld, die er noch nicht beglichen hat. Er zahlt nunmehr an das Reich 4800 Papiermark, dieses übernimmt die Differenz von einer Million auf Reichsmittel.

6. Ein Bankier hat vor dem Krieg an der Pariser Börse spekuliert; infolge der Spekulationsverluste wies sein Kontokorrent mit seiner Pariser Bank bei Kriegsausbruch ein Debet von 200 000 Frank auf. Er zahlt jetzt an das Reich 960 000 Papiermark, dieses übernimmt die Differenz zwischen Papier- und Valutabetrag und macht dem Bankier ein Geschenk von rund zweihundertsechzig Millionen Mark.

7. Einem Dienstpflichtigen ist es während des Krieges auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses gelungen, sich einen Paß nach der Schweiz zu verschaffen. Dort betreibt er alsbald mittels eines Kredits, welchen ihm die Schweizer Filiale einer elsässischen Bank einräumt, umfangreiche Schieber- und Spekulationsgeschäfte. Er verdient dabei mächtig und erwirbt mit dem Ertrag dieser Geschäfte nach Friedensschluß in Deutschland einen schönen Landsitz. Sein Kontokorrent mit der elsässischen Bank schloß am Stichtage mit einem Debet von rund 100 000 Schweizer Franken ab. Er zahlt dem Reich nunmehr 480 000 Papiermark, und dieses macht durch Uebernahme der Valutadifferenz dem Ehrenmann auf Kosten der Steuerzahler ein Geschenk von nahezu vierhundert Millionen Mark.

8. Ein Kriegsgefangener war in der Schweiz gezwungen, zur Wiederherstellung seiner im Krieg zerrütteten Gesundheit ein Darlehen von 500 Frank aufzunehmen. Er sieht sich immer weniger imstande, diese Schuld abzutragen, die heute einen Betrag von zweieinhalb Millionen Mark ausmacht und seine wirtschaftliche Existenz zu zerstören droht. Das Reich muß seine Hilfe ablehnen, weil es nach dem Reichsausgleichgesetz und dem dem Reichstage vorliegenden Aenderungsentwurf für derartige Schulden nicht aufkommt.

9. Eine betagte Lehrerin, die lange Jahre in England gelebt hatte, hat sich mit ihrem sauer verdienten Geld ein Sparkassenguthaben in Höhe von 150 Pfund Sterling erworben. Das Reich bekommt diesen Betrag vom englischen Amt gutgeschrieben und zahlt nach dem Gesetzentwurf der Lehrerin 18 000 Papiermark; den Rest von einer Million einhundertzweiunddreißig Mark behält es, um damit die Schulden der unter 1 bis 7 genannten Interessenten zu tilgen. Die Lehrerin, die mit dem ihr gehörigen Geld für den Rest ihrer Tage einen auskömmlichen Lebensunterhalt gehabt hätte, ist nunmehr gezwungen, ihr Leben mit der Armenunterstützung zu fristen, die ihr ihre Heimatsgemeinde gewährt.

Soweit die Beispiele. Sie könnten beliebig vermehrt werden. Es ist nicht nötig. Die angeführten Fälle zeigen zur Genüge, daß der Entwurf in der Praxis die Wirkung ausüben muß, daß alle jenen kleinen Leute, deren Eigentum in Frankreich, Belgien, England oder Italien liquidiert worden ist, mit einem Bettelpfennig abgefunden werden, während das Reich zum Teil auf Kosten dieser Leute und zum Teil auf Kosten der Steuerzahler den größten Teil der Lasten der Großschuldner trägt, wobei die Gefahr naheliegt, daß die Großschuldner leichtfertig ihre Schuld anerkennen, um den Mißhelligkeiten der Schiedsgerichtsbarkeit im Falle einer Klage zu entgehen. Kein Mensch wird leugnen können, daß durch einen derartigen Ausgleich der Liquidationsschäden eine soziale Ungerechtigkeit gesetzlich festgelegt ist. Zieht man die Staffelung bei den Wiederaufbau- und Entwurzelungszuschüssen als Vergleich hinzu, so wird man den Eindruck nicht los, daß einflußreiche Großinteressenten es verstanden haben, sich bei der Ausarbeitung des Entwurfs ungebührlich in den Vordergrund zu schieben, und daß das Ganze nicht demokratischen, sondern plutokratischen Geist atmet.

Der Wiederaufbau ist sicherlich eine Aufgabe, der auch die Sozialdemokratische Partei jede berechtigte Unterstützung zu teil werden läßt. Das darf aber nicht dazu führen, daß einzelnen Privaten auf Kosten der Allgemeinheit Millionengeschenke in den Schoß geworfen werden. Ein Vergleich mit den Privatrentnern, die, wenn auch nicht in derselben, so doch in einer ähnlichen Lage sind wie die durch den Krieg im Ausland Geschädigten, sollte zur Vorsicht mahnen. Auch darf man nicht vergessen, daß das Ausland diese Vorgänge mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

(„Vorwärts.")

Devisen-Kurse.

Berlin, 20. März.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

			19. März.	17. März.
Amsterdam	1	fl.	8224,38	8219,40
Brüssel (Antwerpen)	1	Frs.	1147,12	1122,18
Kristiania	1	Kr.	3770,55	3778,54
Kopenhagen	1	Kr.	4017,48	4017,48
Stockholm	1	Kr.	5548,59	5548,59
Helsingfors	1	finn. Mk.	570,57	575,55
Rom	1	Lire	1001,49	1002,48
London	1	£	97755,—	97755,—
Neuyork	1	Dollar	20840 26	20857,72
Paris	1	Frs.	1326,67	1304 28
Zürich	1	Frs.	3866,31	3875,28
Madrid	1	Pesetas	3211,95	3211,25
Wien	100	Kr.	28,79	28,80
Prag	1	Kr.	618,45	618,45
Budapest	1	Kr.	5,23	5,73

An die deutsche Jugend!

In den kommenden Märztagen jähren sich zum fünfundsiebenzigsten Male die Ereignisse der deutschen Revolution von 1848. Wenn wir daran erinnern, wissen wir, daß wir an tiefeingewurzelte Vorurteile rühren. Wir wissen, daß sie genährt sind durch Jahre dumpfer Reaktion, genährt nicht zum wenigsten durch eine Schule, die, besessen von der Ideologie der Macht, mit Leib und Seele dem öden Kultus des Erfolges fröhnte.

Wir, republikanische Jugend, wollen die Erinnerung an eine große Epoche deutscher Geschichte wachhalten. Wir wollen nicht in Vergessenheit geraten lassen, daß es damals Jugend war, studierende Jugend vor allem, die Schulter an Schulter mit Bürgern und Proletariern unter der schwarz-rot-goldenen Fahne in Berlin und Wien, in Dresden, Frankfurt a. M. und Rastatt freudig ihr Leben dahingab für ein freies und einiges Deutschland, für Ziele, die auch heute nur zum Teil verwirklicht sind.

Wir haben die Republik als Form, aber nicht den lebendigen demokratischen Geist als Inhalt. Noch immer ist die Reaktion mächtig und die Dynastien sind zwar beseitigt, aber der Partikularismus ist geblieben und treibt selbst in diesen Tagen furchtbarster innerer und äußerer Belastung des Vaterlandes sein Unwesen. Die deutsche Einheit ist noch nicht errungen, die deutsche Freiheit ist noch immer das „Ideal von 48", nicht blutvolle Wirklichkeit. Das Werk der Väter zu vollenden, die deutsche Republik zu verteidigen, mit Bekennermut einzustehen gegen die Mächte von gestern, das ist die vornehmste Aufgabe der jungen Generation. Alle, die guten Willens sind, alle jungen Menschen, die der von Parteigezänk erfüllte politische Alltag nicht befriedigt, rufen wir in diesem Geiste zur tätigen Mithilfe auf.

Republikanischer Jugendbund „Schwarz-Rot-Gold"

i. A. Georg Helle.

Vermischte Nachrichten.

Aufhebung einer russischen Falschmünzerwerkstatt in Berlin. In Halensee wurde eine Falschmünzerwerkstatt ausgehoben, die seit Frühjahr 1922 in Deutschland, Frankreich, Polen, Belgien und Rußland so gut nachgemachte Fälschungen englischer 10-Pfund-Scheine in Umlauf brachte, daß selbst eine Reihe englischer Banken mit den Fälschungen betrogen wurde. Die Bank von England wandte sich um Mitwirkung bei den Nachforschungen nach den Fälschern und nach der Herkunft des zu den Fälschungen verwendeten Papiers auch an die Polizeibehörden der deutschen Großstädte. Das Materialprüfungsamt in Lichterfelde konnte die Herkunft des Papiers feststellen. Als Urheber wurde der russische Kunstmaler Miassojedoff ermittelt und festgenommen, der ein Geständnis ablegte. Als die Kriminalbeamten der Reichsbankfalschgeldabteilung überraschend in seine Wohnung in Halensee eindrangen, fanden sie ihn mit dem Versuche der Herstellung falscher amerikanischer 100-Dollarnoten beschäftigt. Die vorgefundenen Druckplatten zeigen, daß auch diese Fälschungen äußerst gefährlich und täuschend ähnlich ausgefallen wären.

Theaterbrand in Wiesbaden. Sonntag abend ¾12 Uhr ist das Wiesbadener Staatstheater in Brand geraten. Die Vorstellung war um 10 Uhr zu Ende gewesen. Eine Viertelstunde später hörte man einen starken Knall wie von einer Explosion und wenige Augenblicke darauf schlugen turmhohe Flammen aus den Fenstern des Theaters. Die Wiesbadener Feuerwehr war ziemlich rasch zur Stelle. Aber sie konnte nicht viel mehr ausrichten, denn bei ihrem Eintreffen hatte das Feuer schon den ganzen Zuschauerraum, die Bühne und das Kulissenhaus ergriffen. Die Einwohnerschaft versuchte in Verbindung mit den Theaterarbeitern von den Kulissenbeständen zu retten, was noch zu retten war. Es konnte aber nur noch wenig in Sicherheit gebracht werden. In einer knappen Stunde war das ganze Theater ausgebrannt. Opfer an Menschenleben sind nach den bisher vorliegenden Meldungen nicht zu beklagen. Die französische Besatzungsbehörde hatte mehrere Kompagnien Soldaten alarmiert, die die Brandstätte in weitem Umkreise absperrten. Das Feuer währte bis 1 Uhr nachts. Auffallend war, daß die Feuerwehr von Mainz nicht zu Hilfe gekommen ist. Die Sperrung des Fernsprechverkehrs im besetzten Gebiet hat ihre rechtzeitige Benachrichtigung wahrscheinlich unmöglich gemacht. Der Schaden geht in die Milliarden. Ueber die Entstehung des Brandes läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Nach Meinung des Intendanten Karl Hagemann liegt entweder ein Schaden an der Gasleitung oder eine Explosion durch Kurzschluß vor.

Das Amulett.

Novelle von C. F. Meyer.

14. Fortsetzung.

Wieder schwang ich mich auf in die Fensternische und rüttelte wie ein Verzweifelter an dem Eisengitter, es war nicht zu erschüttern.

Ein Fieberfrost ergriff mich und meine Zähne schlugen aufeinander. Dem Wahnsinne nahe warf ich mich auf Boccards Lager und wälzte mich in tödlicher Bangigkeit. Endlich, als der Morgen zu grauen begann, verfiel ich in einen Zustand zwischen Wachen und Schlummern, der sich nicht beschreiben läßt. Ich meinte mich noch an die Eisenstäbe zu klammern und hinaus zu blicken auf die rastlos flutende Seine. Da plötzlich erhob sich aus ihren Wellen ein halbnacktes, vom Mondlichte beglänztes Weib, eine Flußgöttin, auf ihre sprudelnde Urne gestützt, wie sie in Fontainebleau an den Wasserkünsten sitzen, und begann zu sprechen. Aber ihre Worte richteten sich nicht an mich, sondern an eine Steinfrau, die nicht neben mir die Zinne trug, auf welcher die drei fürstlichen Verschwörer gestanden.

„Schwester," fragte sie aus dem Flusse, „weißt vielleicht du, warum sie sich morden? Sie werfen mir Leichnam auf Leichnam in mein strömendes Bett und ich bin schmierig von Blut. Pfui, pfui! Machen vielleicht die Bettler, die ich abends ihre Lumpen in meinem Wasser waschen sehe, den Reichen den Garaus?"

„Nein," raunte das steinerne Weib, „sie morden sich, weil sie nicht einig sind über den richtigen Weg zur Seligkeit." — Und ihr kaltes Antlitz verzog sich zum Hohn, als belache sie eine ungeheure Dummheit . . . .

In diesem Augenblick knarrte die Tür, ich fuhr auf aus meinem Halbschlummer und erblickte Boccard, blaß und ernst wie ich ihn noch nie gesehen hatte, und hinter ihm zwei seiner Leute, von welchen einer einen Laib Brot und eine Kanne Wein trug.

„Um Gottes willen, Boccard," rief ich und stürzte ihm entgegen, „was ist heute nacht vorgegangen? . . . Sprich!"

Er ergriff meine Hand und wollte sich zu mir auf das Lager setzen. Ich sträubte mich und beschwor ihn zu reden.

„Beruhige dich!" sagte er. „Es war eine schlimme Nacht. Wir Schweizer können nichts dafür, der König hat es befohlen."

„Der Admiral ist tot?" fragte ich, ihn starr ansehend.

Er bejahte mit einer Bewegung des Hauptes.

„Und die andern hugenottischen Führer?"

„Tot. Wenn nicht der eine oder andre, wie der Navarrese, durch besondere Gunst des Königs verschont blieb."

„Ist das Blutbad beendigt?"

„Nein, es wütet noch fort in den Straßen von Paris. Kein Hugenott darf am Leben bleiben."

Jetzt zuckte mir der Gedanke an Gasparde wie ein glühender Blitz durchs Gehirn und alles andre verschwand im Dunkel.

„Laß mich!" schrie ich. „Mein Weib! mein armes Weib!"

Boccard sah mich erstaunt und fragend an. „Dein Weib? Bist du verheiratet?"

„Gib Raum, Unseliger!" rief ich und warf mich auf ihn, der mir den Ausweg vertrat. Wir rangen miteinander, und ich hätte ihn übermannt, wenn nicht einer seiner Schweizer ihm zu Hilfe gekommen wäre, indes der andre die Tür bewachte.

Ich wurde auf das Knie gedrückt.

„Boccard!" stöhnte ich. „Im Namen des barmherzigen Gottes — bei allem, was dir teuer ist — bei dem Haupte deines Vaters — bei der Seligkeit deiner Mutter — erbarm' dich meiner und laß mich frei! Ich sage dir, Mensch, daß mein Weib da draußen ist — daß sie vielleicht in diesem Augenblick gemordet — daß sie vielleicht in diesem Augenblick mißhandelt wird! Oh, oh!" — und ich schlug mit geballter Faust gegen die Stirn.

Boccard erwiderte begütigend, wie man mit einem Kranken spricht: „Du bist von Sinnen, armer Freund! Du könntest nicht fünf Schritte ins Freie tun, bevor dich eine Kugel niederstreckte! Jedermann kennt dich als den Schreiber des Admirals. Nimm Vernunft an! Was du verlangst, ist unmöglich." —

Jetzt begann ich auf den Knien liegend zu schluchzen wie ein Kind.

Noch einmal, halb bewußtlos wie ein Ertrinkender, erhob ich das Auge nach Rettung, während Boccard schweigend die im Ringen zerrissene Seidenschnur wieder zusammenknüpfte, an der die Silbermünze mit dem Bildnis der Madonna tief niederhing.

„Im Namen der Muttergottes von Einsiedeln!" — flehte ich mit gefalteten Händen.

Jetzt stand Boccard wie gebannt, die Augen nach oben gewendet und etwas murmelnd wie ein Gebet. Dann berührte er das Medaillon mit den Lippen und schob es sorgfältig wieder in sein Wams.

Noch schwiegen wir beide, da trat, eine Depesche emporhaltend, ein junger Fähnrich ein.

„Im Namen des Königs und auf Befehl des Hauptmanns," sagte er, „nehmt zwei Eurer Leute, Herr Boccard, und überbringt eigenhändig diese Order dem Kommandanten der Bastille." — Der Fähnrich trat ab.

Jetzt eilte Boccard, nach einem Augenblick des Besinnens, das Schreiben in der Hand, auf mich zu:

„Tausche schnell die Kleider mit Cattini hier!" flüsterte er. „Ich will es wagen. Wo wohnt sie?"

„Isle St. Louis."

„Gut. Labe dich noch mit einem Trunke, du hast Kraft nötig."

Nachdem ich eilig meiner Kleider mich erledigt, warf ich mich in die Tracht eines königlichen Schweizers, gürtete das Schwert um, ergriff die Hellebarde, und Boccard, ich und der zweite Schweizer, wir stürzten ins Freie.

Neuntes Kapitel.

Schon im Hofe des Louvre bot sich meinen Augen ein schrecklicher Anblick. Die Hugenotten vom Gefolge des Königs von Navarra lagen hier, frisch getötet, manche noch röchelnd, in Haufen übereinander. Längs der Seine weiter eilend, begegneten wir auf jedem Schritt einem Greuel. Hier lag ein armer Alter mit gespaltenem Schädel in seinem Blut, dort sträubte sich ein totenblasses Weib in den Armen eines rohen Lanzenknechts. Eine Gasse lag still wie das Grab, aus einer andern erschollen noch Hilferufe und mißtönige Sterbeseufzer.

Ich aber, unempfindlich für diese unfaßbare Größe des Elends, stürmte wie ein Verzweifelter vorwärts, so daß mir Boccard und der Schweizer kaum zu folgen vermochten. Endlich war die Brücke erreicht und überschritten. Ich stürzte in vollem Lauf nach dem Hause des Rats, die Augen unverwandt auf seine hochgelegenen Fenster geheftet. An einem derselben wurden ringende Arme sichtbar, eine menschliche Gestalt mit weißen Haaren ward hinausgedrängt. Der Unglückliche, es war Chatillon, klammerte sich einen Augenblick noch mit schwachen Händen an das Gesims, dann ließ er es los und stürzte auf das Pflaster. An dem Zerschmetterten vorüber, erklomm ich in wenigen Sprüngen die Treppe und stürzte in das Gemach. Es war mit Bewaffneten gefüllt und ein wilder Lärm erscholl aus der offenen Tür des Bibliothekzimmers. Ich bahnte mir mit meiner Hellebarde den Weg und erblickte Gasparde, in eine Ecke gedrängt und von einer gierigen, brüllenden Meute umstellt, die sie, mein Pistol in der Hand und bald auf diesen, bald auf jenen zielend, von sich abhielt. Sie war farblos wie ein Wachsbild und aus ihren weit geöffneten blauen Augen sprühte ein schreckliches Feuer. Alles vor mir niederwerfend, mit einem einzigen Anlauf, war ich an ihrer Seite und „Gott sei Dank, du bist es!" rief sie noch und sank wie dann bewußtlos in die Arme.

Fortsetzung folgt.

Amtlicher Teil

Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 20 vom 20. März 1923 enthält: (14399

Verordnung, betreffend den Marktverkehr in der Markthalle vom 24. Juni 1895. — Ausführungsverordnung zum Notgesetz vom 24. Februar 1923. — Zweiter Nachtrag zu der Verordnung vom 24. Juni 1922 zur Ausführung des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922. (14399

Jagdverpachtung.

Am Mittwoch, dem 11. April 1923, vorm. 10 Uhr, soll im Zimmer 13 der Finanzbehörde, Fleischhauerstr. 18, die Nutzung der nachstehenden Jagdreviere öffentlich meistbietend auf 6 Jahre verpachtet werden:

1. Albsfelder Forst, ... groß 173,49 ha
2. Behlendorfer Forst u. See, „ 308,46 „
3. Kronsforder Forst, ... „ 264,32 „
4. Schretstakener Forst, . . . „ 260,34 „
5. Trammer Stubben, Forst, „ 194,75 „
6. Wesloer Feld, ... „ 106,41 „
7. früh. Flugplatz Blankensee, „ 144,38 „

Die Reviere 1 bis 5 haben guten Rehwildbestand.

Pachtbedingungen und Grenzkarten liegen im Bureau der Finanzbehörde, Zimmer Nr. 7, zur Einsicht aus. Weitere Auskunft erteilt Oberförster **Nöhring** in Ritzerau b. Nusse.

Lübeck, 17. März 1923. (14366

Die Finanzbehörde.
Abteilung für Forsten.

Hebammenlehrer.

Die Stelle eines Hebammenlehrers ist dem Dr. med. Friedrich **Iter** übertragen worden.

Lübeck, den 17. März 1924.
14389) Das Gesundheitsamt.

Dollar-Schatzanweisungen des Deutschen Reiches

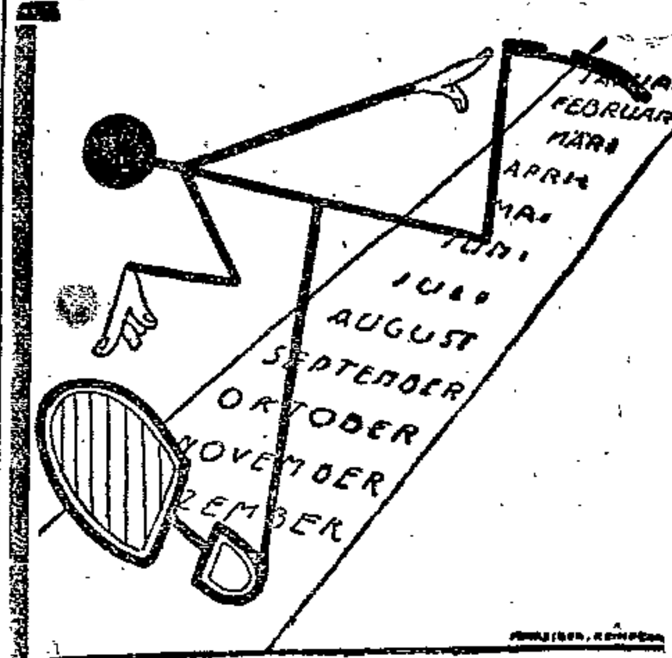
garantiert von der Reichsbank,
am 15. April 1926 zu 120% rückzahlbar.

Stücke zu 5, 10, 20, 50 und 100 Dollar.
Zeichnung vom 12. bis 24. März d. Js.

Zeichnungen werden bei den unterzeichneten Zeichnungsstellen entgegengenommen. Prospekte mit den näheren Bedingungen liegen bei allen Zeichnungsstellen auf und werden auf Wunsch abgegeben. (14389

Zeichnungsstellen für die
Dollarschatzanweisungen
im Bezirk der Reichsbankstelle Lübeck sind:

Reichsbank Lübeck, Commerzbank Lübeck, Commerz- u. Privatbank Lübeck, Darmstädter u. Nationalbank Lübeck (Holstenbank), Direkt. der Discontogesellschaft Lübeck, Dresdner Bank Lübeck, Lübecker Privatbank, Girozentrale Lübeck, Oldenburgische Landesbank, Rostocker Bank, Mecklenburgische Depositen-Wechselbank und sämtliche Filialen dieser Banken.



Monatelang
laufen Sie auf
Leder- und Gummisohlen und Absätzen
der
Reform-Schuhwaren-Reparatur und Stepperei
50 Hüxstraße **50**
Robert Jentzen,
Leder- und Schuhmacher-Bedarfsartikel.
Fernsprecher 2878.
14404

Nichtamtlicher Teil

Berta Tonn
Gustav Fedder
Verlobte. (14377
Lübeck, d. 18. 3. 23.

Für die zahlreichen Gratulationen u. Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter danken herzlich **Gustav Frahm** u. Frau (14371) u. Tochter Olga. Schwartau, Auguststr. 16.

Allen denen, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen, sage ich auf diesem Wege meinen innigsten Dank. Frau **Kaven**, Schlutup. (14392)

Am Sonntag starb unsere liebe Tochter, Schwester u. Braut
Eliese Wulff
im Alter von 21 Jahren. (14373
Tiefbetrauert von ihren Eltern, ihrem Bruder **Hans**, **Gust. Sternberg** als Verlobten u. allen, die ihr nahe standen.
Beerdig. Freitag, den 23. d. M., 2½ Uhr, Kapelle Vorw.

Am 19. März 1923 entschlief sanft uns. liebe Mutter, Groß-, Urgroßmutter und Schwester (14376
Christine Jabs
geb. Meier
im Alter v. 81 Jahren.
Tiefbetrauert von **Johann Jabs u. Frau** nebst Kindern. **Heinr. Jabs u. Frau** nebst Kindern. **Elise Haak** geb. Meier
Lübeck, Grenzstr. 2.
Beerd. Donnerst. 22. nachm. 2 U. v. d. St. Lorenz-Kirche aus.

Nach schwerer Krankheit entschlief sanft im 67. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwager, Schwiegerv. u. Großvater, der Schmied **Heinrich Kretzki**.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdig. [illegible] Freit. 1½ Uhr Vorw. Friedh. (14391

Nach längerem Leiden [illegible] unser lieber guter Sohn, Bruder, Onkel und Schwager (14390
Erich
im 22. Lebensjahre.
In tiefem Schmerz [illegible] u. Frau nebst Angehörigen.
Lübeck, 18. März 23.
[illegible]
Trauerfeier am Donnerstag 4 Uhr in der Kapelle des [illegible] Friedhofes.

Deutscher Verkehrsbund.
[illegible]
Nachruf.
Am Sonntag, dem 18. d. M. [illegible] unser Kollege
[illegible]
[illegible]
[illegible] (14403
[illegible]
Die Beerdigung findet am Donnerstag, d. 22. d. M., nachm. [illegible] Uhr [illegible]
Die Ortsverwaltung.

Werkstatt oder Raum zu miet. ges. Ang. u. A 753 a. d. Exp. (14378

Laufbursche
außer der Schulzeit.
Otto Baake.
14366 Breite Straße 70.

[illegible] Ang. u. A 754 a. d. Exp. (14385

[illegible] (14384) **Fr. Klinger**, [illegible]

[illegible] (14402 [illegible] 6, III.

Anzeigen,
die in der an dem [illegible] Tage erscheinenden Nummer des
„Lübecker Volksboten“
[illegible] müssen
bis 11 Uhr vormittags
in unserer Geschäftsstelle [illegible] Bei größeren Anzeigen [illegible]
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
[illegible] 46.

Feldsteine gegen Dung abzugeben. (14365
Segebergstraße 25 I.

F. n. Mittelschul-Mütze, Kl. 6, zu verk. (14372
Clemigstraße 7 a.

Kinderwagen, Gaszuglampe zu verk. (14387
Schwönekenquerstr. 6.

Mandoline zu verk., nach 4 Uhr. (14393
Hundestraße 30 II.

Kinderwagen, f. neu, preisw. zu verk. (14395
Wendische Str. 5, pt.

Fast neue Mittelschüler-Mütze, Kl. 6, z. verk.
14401) Brolingstr. 30, II.

Achtung!
Holzverkauf billig.
Säcke mitbringen.
Mauersteine billig.
Einfriedigungspfähle, Metalle und Produkte werd. i. Zahl. gen. (14375
Balauerfohr 21.

Wolfshund z. verk. (14384
Gr. Vogelsang 6.

Zugänger zu verkaufen.
14381) Percevalst. 29 pt.

Verloren a. Sonnabend von ein. Arbeitsburschen i. d. [illegible] z. Brieftasche m. Geschäftsgeld u. Brotmark., die drei Personen, die dies. aufgeh. hab., sind erk. u. w. geb., sie geg. Bel. Bleicherstr. 15 abzug. (14370

Eimerbier.
Mittwoch von 4—6 Uhr.
14369) **Brauerei Stamer**

Steppdecken
Anfertigung u. Neubeziehen. Spethmann
Breite Str. 31. Fernsp. 8639

Helles Entzücken

ist der sichere Erfolg einer Konfirmationsgabe in der jedermann willkommenen Gestalt einer Tafel Reichardt-Schokolade oder eines Kästchens Reichardt-Pralinen. Reichardt Schokoladen, mild, herb und edelbitter, auch mit Vollmilch und Eidotter, überraschen durch köstliche Geschmacksharmonie und feinsten Schmelz den verwöhntesten Gaumen. Reichardt-Pralinen sind Edelperlen einer aufs höchste verfeinerten Geschmackskultur. Verlockende Leckerbissen aus allen Zonen, von der heimischen Erdbeere und Kirsche bis zur Orange und Ananas, wetteifern, mit dem braunen Gewande der Götterspeise geschmückt, um den Beifall des Feinschmeckers. Erhältlich in allen an den bekannten blauen Schildern kenntlichen Verkaufsstellen. (14388

Hut-Ziehe
Wahmstraße 9.

Herrenhut-Umpresserei und -Reinigung
Zylinder-Bügeln und -Vermieten
14398a

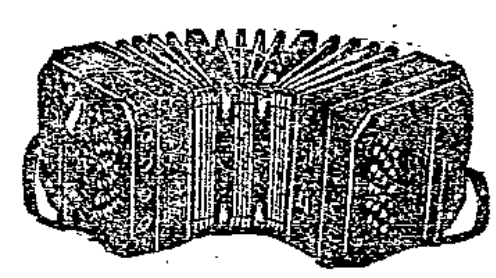
Ohne Rücksicht des Einkaufspreises
Damen-Mäntel, Covercoat, 15 000, 29 000.
[illegible] 19 000.
Weiße Blusen, reich bestickt, 1500.
Elegante weiße Voile-Kleider 29 000.
[illegible] gestr. Röcke 14 000, 19 000.
Herren-Anzüge sehr billig.
Herren-Schnürstiefel 24 000.
Andere Schuhwaren und Meterware sehr preiswert.
Franz Wehrendt
Kaufhaus Balauerfohr 35. (14398

Damen- und Herren-Hüte
Umpressen
Große Auswahl moderner Formen. (14394
:: Saubere fachmännische Arbeit ::
Färben, Reinigen, Panamawäsche.
Stroh- und Filzhut-Fabrik „Hansa“
Richard Nevius, [illegible] 60.

Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.
Herren- und Damen-Konfektion Schuhwaren.
Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.
10250a

Visitenkarten
werden in modernster Ausführung angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen



Konzertina-Klub „Lübeck“.
Sonntag, d. 25. März:
Groß. Ball
im Gewerkschaftshaus. Anf. 5 U. 14374

Kolosseum
Morgen Mittwoch:
Gr. Ball
Kassenöffnung 6½ Uhr.
14368 **Joh. u. R. Mittag.**

Luisenlust. Jeden Mittwoch u. Freitag **Tanzkränzchen** 14369

Deutscher Baugewerksbund.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerst., 22. März abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tages-Ordnung:
1. Der Baugewerksbund, seine Aufgaben und Tätigkeit. Referent: Koll. **Möller**, Hambg.
2. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
3. Vorschläge als Delegierte zur Generalversammlung.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.

14380) **Der Vorstand.**

NB. Zahlstelle Schwartau Versammlung Mittwoch, d. 21. 3. 22, abends 7½ Uhr im Vereinslokal.

Siedler!
Wahl der Arbeitsgemeinschaften zum Bau der Häuser für Gärtnergasse und Vorrader Straße am Donnerst., 22. März 7 Uhr,
die übrigen Siedlungen am Freitag, d. 23. März 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Die Kommission
14397) der Siedler.

Fledermaus
Anfang 7½ Uhr.

Volksbühne zu Lübeck e. V.
Mitglieder, die wegen Familienfeier am Sonntag, dem 25. März die Nachmittags-Vorstellung nicht besuchen wollen, werden ersucht, ihre Karten zur Abstempelung bis Freitag, den 23. März Johannisstr. 48 I vorzulegen. (14400
Für die Gruppen A und B gelangt am 14. April, für die Gruppen C und D am 19. Mai „Die Meistersinger“ zur Aufführung.
Der Vorstand.

Hansa-Theater.
Heute (14379
Dienstag 7½ Uhr:
Das Schwarzwaldmädel.
Operette in 3 Akten von Leon Jessel.
Mittwoch 7½ Uhr:
Zum ersten Male in dieser Spielzeit!
Dreimäderlhaus
mit **Ludwig Ziegler** als Schubert.
Donnerstag 7½ Uhr:
Das Schwarzwaldmädel.

Stadttheater Lübeck
Dienstag 7.30, Ab. C: **Wilhelm Tell.**
Mittwoch 7.30, Ab. C: **Der Prophet.**
Donnerstag 7.30, Ab. C: **Medea.** (14382
Freitag 7.30, Ab. A: **Improvisationen im Juni.** Komödie von **Mohr.**

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Dienstag, 20. März 1923. Nummer 67.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 20. März.

Aus der Bürgerschaft.

Kommunistischer Seiltanz. — Bürgerliche Bildungsfabrikate. — Proletarier- und höhere Schulen. — Innungsmeisterschmerzen.

Haltet den Dieb, er brennt mit der Verfassung durch! So schrien gestern die Kommunisten, die gewahr werden mußten, daß ihnen ein Blatt aus dem Programm der direkten Aktion herausgerissen wurde. Herr Heilborn jammerte und beschwor. Es half nichts, die Bürgerschaft ist noch nicht soweit, daß sie sich vergewaltigen zu lassen braucht. Da die fünf Mann im Saale des Uebergewichts noch ermangeln, war ihnen die Unterstützung der Tribüne ganz angenehm. Nun der Kontakt durchschnitten, wird nach bewährtem Brauch die Schuld auf die Schulter des Nächsten geworfen. Zieht nicht mehr! Genosse Haut machte dies den Unverwüstlichen kurz und bündig klar. Und beschenkte sie noch mit der kommunistischen Revolverjournalistik. Einer patentfähigen Ware hundsmiserabelster Gattung.

Ein Akrobatenkunststückchen alten Genres ist auch der Versuch, die im moralischen Staub vermodernde private Bücher- und Lesehalle dem Zweck bürgerlicher Verspimpelung zu erhalten. Man mißachtete überlieferungsgemäß die Wünsche der Bürgerschaft und wartete und hoffte. Als der Reiter nicht kam, wurde man kühn und warf den Volksvertretern den Brocken vor die Füße. Doch der Knochen war zu alt. Genosse Dr. Pieth packte die Kiste gründlich aus. Für manche etwas zu gründlich. Die Rechte ist auf derlei Spiegelungen nicht eingestellt. Und gewesene Bürgerschaftsmitglieder vom Philologenschlag einer höheren Mädchenerziehungsanstalt schon gar nicht. Wir wollen nicht mißverstanden sein und meinen spezifisch nur einen: Dr. Gilbert. Der die Bürgerschaft mit ostholsteinischen Bullen vergleicht. Für eine höhere Töchterschule sehr anzüglich. Schätzungswert für das Vorstandsmitglied einer öffentlichen Bücher- und Lesehalle. Fernab von gemeiner Proletensprache. Reserveoffizierston! Aber das Ganze war nur „bildlich" gemeint, nicht wahr, Herr Professor? In der öffentlichen Lesehalle soll ja auch in dem Privatzimmer der Leiterin eine Dogge oder ein Windhund sitzen, der bescheidene Besucher anklläft. Der Ordnung hält. Damit keine Unterordnung die Herrin streift. Genosse Haut tippte an den Kadavergehorsam seliger vaterstädtisch erwärmter Zeit. Nach dem die Rechtler lechzen, aber nicht für ihresgleichen. Nun ist es aus, das Spiel mit Katz und Maus. Auch für die Volksparteiler. Diese sind zwar auch für eine Verstaatlichung des pekuniär und literarisch toten Vereins, aber sie wollen den Vorhang nicht so „plump" zugezogen wissen. Macht mit ihr was ihr wollt. Der Staat hält die Taschen zu. Oeffnet die Euren, rettet Courts Mahler und Dinter. Das Blut wider den Heiligen Geist zerrinnt; auch wenn Dr. Vermehren der Sozialdemokratie mit dem unschuldigsten Mißverstehen die Baugewerksschule vergleichsweise ins Gesicht schleudert. Herr Senator, das war wirklich ungeschickt!

Für alte Vorrechte kämpften auch die Erbpächter höherer Schulen. Ihr könnt abbauen so viel ihr wollt, nur laßt die Erziehungsanstalten des Besitzes ungeschoren. Darum streiten Professoren und Direktoren. Selbstredend sind ihnen ihre Institute ans Herz gewachsen. Da ist kein Schulraum, der entbehrt werden kann. Da ist aber auch kein Stäubchen an der Wand und keine Ritze im Fußboden. Alles wie geleckt. Aber gehe einmal einer hin und schaue sich die trüben stickigen Schulräume der Gewerbeschule an. Wo weder Sonne noch Mond hineinguckt. Wir hatten kürzlich selbst Gelegenheit, diese jammervollen Räume zu besichtigen. Man bedenke das Gebue der unumschränkten Herren von einst und sehe, in welch verkommenen Löchern die Arbeiterkinder stecken. Für diese ist alles gut genug. Sie, die die ganze Woche in elenden Fabrik- und Handwerkerstuben sitzen, sehen auch hier nichts Anheimelndes. Frieren im Winter sogar noch in den Schulräumen. Ermangeln des hellen Tageslichts. Kein freundliches Bild winkt von den kahlen Wänden. Wo soll da die Erziehung zum Guten und Schönen herkommen? Ach ja, die Handwerksmeister tun sich noch etwas zugute auf „ihre" Gewerbeschule. Sie sollten sich lieber schämen. I bewahre! Sie ärgern sich noch, daß der Unterricht während der Arbeitszeit stattfindet und strengen ihr letztes Gehirnschmalz an, die Jungens die volle Woche hindurch für ihren Profit zu fesseln und sie nachts in die Schule zu schicken, damit diese die Leere und Trostlosigkeit der Umgebung nicht gewahren. Ein Gegensatz schlimmster Art.

Der aufgeregteste Innungsmeister-Vertreter, Herr Rosenquist, eine ewige Jammerseele des Handwerks, weiß von alledem nichts. Herr Rosenquist verschwendet seine ganze Intelligenz zur Rettung des Profits seines Standes. Er schimpft auf die Sozialdemokraten wie ein Rohrspatz, und gestern gar wollte er den gutmütigen Senator Genossen Bromme umbringen. Dann sprang der Wackere dem Wortführer, der zufällig auch Sozialdemokrat ist, an die Gurgel. Wäre nicht Genosse Dreger dem Meister vor die Hobelbank gesprungen, wer weiß .... Wenn sich derlei Leute für die Interessen der Erwerbslosen einsetzen, dann ist etwas anderes in Gefahr als Volksnöte. Unser Freund Dreger streichelte dem Herrn den glatten Bart; unter dem der Unternehmerprofit prangt. Vielleicht ist erwähnenswert, daß hier ein differenziertes Kleeblatt entstand: Zentrum—Arbeitsgemeinschaft—Kommunisten.

Ein Antrag des Hausbesitzervertreters Dinter gab unserm Genossen Brehmer Gelegenheit, die unzulängliche Art der Besteuerung des Grund und Bodens zu illustrieren. Sein Antrag auf bessere Nutzbarmachung des Gesetzes zum Wohle der Allgemeinheit wurde angenommen. Ebenso ein Antrag Dr. Hauns auf Erweiterung der Zuständigkeit des Amtsgerichts in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

Geredet ward am Montag abend viel, aber trotzdem wurde die Tagesordnung nur zur Hälfte aufgearbeitet.

Statistischer Monatsbericht für Februar 1923.

Die Bevölkerung der Stadt Lübeck betrug nach der Fortschreibung des Statistischen Landesamtes Ende Februar 123 189. Gegen den Vormonat sind das 48 und gegen das Vorjahr 1482 Personen mehr. Der Geburtenüberschuß betrug nur 4 und die Wanderungsbewegung schloß mit 1186 Zugezogenen und 1142 Weggezogenen auch nur mit einem Gewinn von 44 Personen ab. Ehen wurden 84 geschlossen, 17 mehr als im Vormonat, aber 7 weniger als im Februar 1922. In 60 Fällen oder 71,4 Prozent aller Eheschließungen waren beide Heiratenden ledig, während 12 oder 14,3 Prozent der eheschließenden Männer und 18 oder 21,4 Prozent der eheschließenden Frauen verwitwet oder geschieden waren. Die Zahl der Geborenen einschließlich der Totgeborenen war mit 170 (93 Knaben und 77 Mädchen) erheblich geringer als die vormonatliche (207) und die vorjährige (197). Die auf 1000 Einwohner und das Jahr berechnete Geburtsziffer betrug nur 16,6 gegen 20,2 im Vormonat und 19,3 im Vorjahre. 18 oder 10,6 Prozent (1922: 11,2 Prozent) der Geborenen waren unehelich und 6 oder 3,5 Proz. (3,0 Proz.) tot. Gestorben sind 160 Personen und zwar 77 männliche und 83 weibliche, im Vormonat 178 und im Vorjahre 161. Von den Gestorbenen waren 34 oder 21,2 Proz. (19,9 Proz.) unter 15 Jahren und 64 oder 40,0 Proz. (41,6 Proz.) über 60 Jahre alt. Die allgemeine Sterbeziffer (auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet) stand mit 15,6 um 1,7 unter der vormonatlichen und um 0,3 unter der vorjährigen. Von den im ersten Lebensjahre stehenden Kindern starben 25, hierunter je 6 an angeborener Lebensschwäche und Lungenentzündung und 5 an Krankheiten des Nervensystems. Die auf 1000 der Lebendgeborenen, aus denen die gestorbenen Säuglinge stammten, berechnete Säuglingssterbeziffer war mit 141,8 fast dieselbe wie im Vorjahre (141,7). Todesursache war je 21mal Tuberkulose und Krankheiten der Kreislauforgane, 19mal Krankheiten des Nervensystems, 18mal Lungenentzündung, 16mal Altersschwäche und 14mal Krankheiten der Verdauungsorgane. Gewaltsamen Todes endeten 9 Personen und zwar 3 durch Selbstmord und 6 durch Verunglückung.

An die freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer Lübecks!

Am 23. d. Mts. ist **Betriebsrätewahl.**

Jeder tue seine Pflicht.

Keine Stimme den Listen der Kommunisten.

Seeamt.

gi. Zwei Fälle standen zur Verhandlung. Zunächst die Strandung des Lübecker Motorschooners „Heimat" auf den Klippen bei Harstenkär (Sandhamm-Schweden) am 15. Januar 1923, wobei die ganze aus 7 Mann bestehende Besatzung den Tod gefunden hat. Die „Heimat", ein Schiff mit Gaffeltakelung und mit einem Hilfsmotor ausgerüstet, war mit Holz beladen auf der Reise von Sundswall nach Kopenhagen. Eine vom Kapitän Osten geschriebene, aufgefundene Flaschenpost gibt Aufschluß über diese See-Tragödie. Bei Schneegestöber und Windstärke 9 hat das Schiff Havarie bekommen und ist auf die Klippen von Horsens getrieben. Aus dieser Flaschenpost geht hervor, daß Kapitän und Mannschaft bis zum letzten Augenblick ihre Pflicht erfüllt haben. Das wird denn auch vom Reichskommissar anerkannt. Der Spruch des Seeamts geht dahin, daß das Schiff bei schwerem Wetter steuerlos geworden ist. Ein Verschulden des Kapitäns liegt nicht vor.

Dann wird über den Untergang des deutschen Motorkutters „E. K. 191" am 22. Januar 1923 auf der Reise von Laboe nach Lübeck verhandelt. Die nur aus 2 Mann bestehende Besatzung hatte den Auftrag, ein Fischerboot mit einer Wade im Schlepp nach Lübeck zu bringen. Das bei Antritt der Reise herrschende ruhige Wetter hielt nicht stand. In der Nähe des Fehmarn-Sundes kam heftiger Südwest auf, dazu versagte der Motor. Die beiden Fahrzeuge wurden nun auf die mecklenburgische Küste zugetrieben. Die zwei Mann versuchten nun durch Setzen der primitiven Segelausrüstung das holsteinische Ufer wieder zu gewinnen. Das Segel wurde aber zerschlagen. Später ist ein Dampfer gekommen und hat die Fahrzeuge in Schlepp genommen. Dabei hat der Motorkutter, wohl veranlaßt durch das zu schnelle Fahren, soviel Wasser übergenommen, daß er gesunken ist. Die beiden Leute wurden in völlig erschöpftem Zustand in Travemünde an Land gebracht. Der Reichskommissar führt den Unfall zunächst darauf zurück, daß der Motorkutter für das große Boot zu schwach gewesen sei und eine nicht genügende Segelausrüstung mitgeführt habe. Das Verschulden würde bei der Firma liegen, die das Boot ausgerüstet habe. Der Spruch des Seeamts ergeht dahin, daß ein Verschulden irgend einer Person nicht festzustellen sei. Man wird nicht immer verlangen können, daß ein Motorschiff mit einer vollständigen Segelausrüstung ausgestattet sein muß. Beim Schleppen durch den Dampfer hat wohl nicht die nötige Vorsicht obgewaltet.

Joh. Busch †. Der Tod hält reiche Ernte unter den Alten. Schon wieder ist einer der alten Garde dahingegangen. J. Busch war 25 Jahre Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Ebensolange war er stets tätig für die Partei. Die Lübecker Arbeiterschaft, vor allen Dingen die Hafenarbeiter, werden dem Verstorbenen ein dauerndes Andenken bewahren.

An die Betriebsräte Lübecks! Der ADGB. Ortsausschuß Lübeck übermittelt uns folgenden Aufruf: In Anbetracht der furchtbaren Arbeitslosigkeit in Lübeck erwarten die Erwerbslosen Lübecks, daß die Ueberstunden in den Betrieben vollkommen unterbleiben. Es ist bekannt, daß in vielen Betrieben dauernd Ueberstunden geleistet werden. Auch sind in vielen Betrieben Doppelexistenzen vorhanden. Diese müssen in Anbetracht der ungeheuren Not der Erwerbslosen beseitigt werden.

Die Deutsche Volkspartei und Dr. Emanual Benda. Wir erhalten folgende Berichtigung: „Die in Nr. 65 des Lübecker Volksboten aufgestellte Behauptung, Herr Dr. Benda sitze im Vorstand der Deutschen Volkspartei, entspricht nicht den Tatsachen. Herr Dr. Benda gehört dem Vorstand der Deutschen Volkspartei nicht an und hat ihm nie angehört. Deutsche Volkspartei, Landesverband Lübeck".

Denkt an Oberschlesien! Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier erinnern an den 29. März, den Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien und wenden sich erneut gegen die Zerreißung ihrer oberschlesischen Heimat und gegen den Raub des weitaus wichtigsten Teiles Oberschlesiens. Der Fehlspruch des Völkerbundsrates in Genf bedeutet ein in der Geschichte einzig dastehendes Verbrechen am oberschlesischen Volke und an Deutschland. Wider Recht und Gerechtigkeit sind uns die wertvollsten Industriegüter Oberschlesiens entrissen worden, während die in Ost-Oberschlesien lebenden deutschen Brüder, die dort sicherlich ohne den polnischen Terror die Mehrheit behalten hätten, in polnischer Knechtschaft leben müssen. Der Verein heimattreuer Oberschlesier hatte am Sonnabend abend seine Mitglieder zu einer würdigen Gedenkfeier nach Knorr am Klingenberg zusammenberufen. Landsmann Göhr hielt eine dem Tage entsprechende Erinnerungsrede über den Abstimmungstag und die Zerreißung der oberschlesischen Heimat. Sie klang aus in einem Protest gegen das Unrecht das man Oberschlesien zugefügt habe. Konzert, Gesang und Vorträge teils heiteren, teils ernsten Inhalts hielten die Teilnehmer noch einige Stunden beisammen. Jeder der Teilnehmer gelobte sich für Erringung des Rechts der alten Heimat einzusetzen.

Die Dollarschatzanweisungen. Unter Hinweis auf die in unserem Blatte veröffentlichten Bekanntmachungen bringen wir unseren Lesern nochmals die wichtigsten Einzelheiten, die der Interessent wissen muß. **Dollarschatzanweisungen des Deutschen Reiches von der Reichsbank garantiert.** Höhe der Anleihe 50 Millionen Dollar, Zeichnung bis zum 24. d. M. bei den bekannten Banken und Girozentralen. Zeichnungspreis 100 Prozent. Einzahlung in amerikanischen Dollar und anderen Devisen, auch Noten zu bestimmten Umrechnungskursen, und zwar mindestens 40 Prozent Einzahlung bei der Zeichnung, der Rest bis zum 14. April 1923. Vergütung für Einzahlungen vor dem 14. April ein Promille in Mark für jede volle Woche der Vorauszahlung in Noten oder telegraphischen Auszahlungen. Stückelung: 5, 10, 20, 50 und 100 Dollar. Rückzahlung nach 3 Jahren zu 120 Prozent in Dollar oder Gold, mithin eine Verzinsung von über 6 Prozent. Beleihbarkeit. Die Dollarschatzanweisungen werden bei den Darlehnskassen beliehen zu 60 Prozent des Börsenkurses, wenn der Darlehnsnehmer die Verpflichtung übernimmt, seine Rückzahlung 4 Wochen vor dem in Aussicht genommenen Zahlungstage anzukündigen, ohne solche Bindung zu 40 Prozent, wobei der Kurswert des Dollars höchstens mit 20 000 angenommen wird. Steuerliche und sonstige Erleichterungen. Die Rückzahlung erfolgt ohne jeden Abzug. Die Hingabe der ausländischen Zahlungsmittel zum unmittelbaren Erwerbe der Dollarschatzanweisungen auf Grund einer Zeichnung ist von der Devisenumsatzsteuer befreit. Die selbstgezeichneten Dollarschatzanweisungen können für die Veranlagung zur Einkommen- und Körperschaftssteuer mit demselben Werte eingesetzt werden, mit dem die als Gegenwert hingegebenen Devisen einzusetzen sein würden. Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, die ihre gesetzlichen Reserven oder einen Teil davon in Dollarschatzanweisungen anlegen und aus diesem Besitz Verluste infolge Rückganges des Dollarkurses erleiden, dürfen diesen Verlust vom gesetzlichen Reservefonds abschreiben. Dollarschatzanweisungen werden als Sicherheit für Zollkredite angenommen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein. 4. Distrikt. Versammlung bei Eggers, Stavenstr. Donnerstag, den 22., abends 7½ Uhr. Redner: Genosse Wolfradt. — 5. Distrikt (Hüxtertor): Versammlung Donnerstag, den 22., abends 7½ Uhr, bei Henninas, Augustenstraße. Redner: Gen. Weiß. (14390

Stadttheater. Mittwoch: „Der Prophet". Donnerstag: „Medea". Freitag: Zum ersten Male die Komödie von Max Mohr „Improvisationen im Juni".

Hansa-Theater. Heute, Dienstag, 7½ Uhr: „Das Schwarzwaldmädel". Mittwoch zum ersten Male in dieser Spielzeit: „Dreimäderlhaus". Donnerstag wird „Schwarzwaldmädel" wiederholt. Für die Osterfeiertage wird „Siegerin" (Katharina, die Zarin), musikalische Komödie von Peter J. Tschaikowsky, vorbereitet.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Eine große Kundgebung für die Republik wurde am Sonntag vormittag auf der Moorweide veranstaltet. Schwarz-rot-goldene und rote Fahnen wehten in großer Zahl in der Frühlingssonne. Vertreter der republikanischen Parteien, der Sozialdemokratie und der Demokratischen Partei, sowie zahlreiche Mitglieder der Hamburger Regierung und die Vertreter aller jener Körperschaften, die sich zur Republik bekennen, hatten sich eingefunden. Alle Organisationen und die hinter ihnen stehenden Massen, die gewillt sind, für die Republik einzutreten, um Deutschland durch ihr Wirken immer weiter zu einem echten deutschen Volksstaat auszubauen, waren zusammengeströmt. Das war auch der Sinn der Reden, die von zahlreichen Tribünen gehalten wurden. Als das letzte Hoch auf die Republik verklungen war, zogen die Massen in vielen einzelnen Zügen wieder ab, ein jeder kraftvoller als das magere Trüppchen der Kommunisten, das eine Stunde später an der Stelle vorbeizog.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 19. März.

Wortführer: G. Ehlers. — Beginn 6,20 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wendet sich Heilborn (Komm.) gegen die Neuregelung des Tribünenbesuchs durch Karten. Sie stehe mit Art. 32 der Verfassung in Widerspruch. Durch eine derartige Beschränkung sei die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Wortführer Ehlers betont hierzu, daß Maßnahmen gegen die bedauerlichen Verkommnisse in der letzten Sitzung notwendig gewesen seien. Der Aeltestenausschuß und die Vertrauensleute der Parteien hätten die Wirkung des Art. 32 ebenfalls geprüft und keine Verfassungsverletzung finden können. — Haut (Soz.): Eine ähnliche Gepflogenheit, wie wir sie hier einführten, existiert auch im Reichstag. Gern haben wir diese Maßnahmen nicht vorgenommen. Sie war aber notwendig, wenn die Bürgerschaft die Achtung nach außen wahren will. Woher die gereizte Stimmung auf der Tribüne stammt, das ersieht man aus den Bürgerschaftsberichten der kommunistischen Volkswacht. Da ist u. a. zu lesen: Der Rechtsverdreher Ewers, der katholische Pfaffe, das große Kind Stahlschmidt, der „Arbeitervertreter" Haut, der radikale politische Kindskopf Dr. Leber usw. Die kommunistische Erklärung macht auf uns gar keinen Eindruck, denn wir arbeiten nicht unter dem Druck der Straße und handeln im Staatsinteresse. Uebrigens hatten die Erwerbslosen auf der Tribüne meine letzten Ausführungen mißverstanden. Sie haben ganz überhört, daß 80 Millionen für Hilfsbedürftige usw. zur Verfügung gestellt werden. — Heilborn (Komm.) verteidigt die kommunistische Berichterstattung. Der Volksbote begieße auch die Kommunisten nicht mit Rosenwasser. Die Kartenausgabe sei ein Verfassungsbruch. — Die Bürgerschaft stimmt gegen die Stimmen der Kommunisten der Neuregelung zu. — Zu der Eingabe der Chor- und Balletmitglieder betr. Regelung der Gehaltsverhältnisse bemerkt Dreger (Soz.), daß die Bürgerschaft hierzu nicht berufen sei. Die

Petenten sollen sich an die zuständigen Gewerkschaftsorganisationen wenden. — Zu der Eingabe der Erwerbslosen, deren Kindern, die Ostern in die Schule kommen oder diese verlassen, Kleider, Schuhe und Wäsche zu geben, bemerkt Bruns (Soz.), daß der Eingabenausschuß diese Eingabe dem Senat zur Berücksichtigung empfohlen habe.

Mittel für die Oeffentliche Lesehalle. — Dr. Pieth (Soz.) geht ausführlich auf die von sozialdemokratischer Seite schon vor Jahren geforderte Verstaatlichung der Bücher- und Lesehalle ein, und kritisiert scharf den Bericht der Oberschulbehörde in dieser Frage. Zwischen der Aufbringung der Mittel und dem Staatszuschuß bestehe ein großes Mißverhältnis. In Zukunft werde der Staat nicht nur die persönlichen, sondern auch die sachlichen Kosten aufzubringen haben. Aus diesem Grunde schon sei die Sache längst spruchreif. Nun versuche man durch Hintertüren gegen die Verstaatlichung der Bücher- und Lesehalle mit alten Ladenhütern Stimmung zu machen. Man sage auch, der Leiter der Stadtbibliothek könne nicht beide Teile verwalten, die Bücher- und Lesehalle arbeite faß ausschließlich mit Ehrenkräften und behaupte weiter, daß private Stiftungen bei einer Verstaatlichung ausbleiben. Demgegenüber könne er nachweisen, daß die Stadtbibliothek das Dreifache an Zuwendungen erhalten habe. Des ferneren geht der Redner auf die von der Oberschulbehörde auswärts geholten Gutachten ein und hebt besonders hervor, daß von 15 auswärtigen Bibliothekaren kein einziger gesagt habe, die Unterstellung der Bücher- und Lesehalle unter den Stadtbibliothekar sei grundsätzlich falsch. Eine derartige Entwicklung werde auch anderwärts angestrebt. Der Bericht der Oberschulbehörde enthalte persönliche Giftspritzer, auf die einzugehen der Redner ablehnen müsse. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen betont Dr. Pieth besonders die sachlichen und den Wert der Bildungsmomente einer Verschmelzung, bei der auf keinen Fall Mehrkosten entstehen, aber — wie auch auswärtige Gutachten besagen — bedeutende Vorzüge in der Bildungspflege zu verzeichnen sein werden. Die Bücher- und Lesehalle habe auch Schundliteratur angeschafft, wie Courts Mahler und Dinter. Pflicht einer Volksbibliothek sei es auch, mit der Volkshochschule zusammenzuarbeiten. Die Zustände im städtischen Büchereiwesen seien geradezu skandalös, verschmutzte und verdreckte Schmarren habe insbesondere die St.-Gertrud-Bücherei aufzuweisen. Für die bildungspflegliche Bearbeitung des Eingemeindungs- und Landgebietes habe die Bücher- und Lesehalle gar nichts getan, während die Stadtbibliothek in 2 Jahren 16 Stellen geschaffen habe. Die vaterstädtisch erwärmten Kreise sollten doch an der einen Blamage genug haben und sich nicht nach einer zweiten sehnen. — Senator Dr. Vermehren erklärt die Prüfung der Frage einer Verstaatlichung habe man bisher nicht als dringlich betrachtet. Der Bericht sei nicht von einseitig Befangenen verfaßt worden, von persönlichen Invektiven halte er sich fern. (Widerspruch bei den Soz.) Der Senat messe den finanziellen Gründen mehr Bedeutung bei. Ehrenamtliche Tätigkeit sichere billigere Verwaltung und größeres Interesse. Bei einer Verstaatlichung würden höhere Anforderungen gestellt, die Unkosten würden sich wesentlich steigern. Ueber die finanziellen Bedenken gehe man von sozialdemokratischer Seite jetzt leicht hinweg, während man sie bei der Baugewerkschule in den Vordergrund gestellt habe. Die augenblicklich geforderte Summe müsse aber heute auf alle Fälle bewilligt werden, einerlei, ob man die Verstaatlichung beschließe oder nicht. — Dr. Gebhardt (DV.) ist bereit, die Vorlage zu genehmigen. Uebrigens sei auch in seiner Fraktion Stimmung für eine Verstaatlichung eingetreten. Die Drohung Dr. Vieths sei unangebracht. Er solle sagen, was er wolle. Eine zu straffe Zentralisation wirke auch nicht immer gut, wie die Zwangswirtschaft beweise. Besser sei es in der Bildungsfrage, wenn diese von mehreren Seiten geflogen werde. — Haut (Soz.) wendet sich gegen die Senatsbehauptung, daß die Sozialdemokratie in dieser Frage politisch einheitig vorgehe. Der Redner verweist auf seine vorjährige Erklärung beim Haushaltsplan, in der ausdrücklich jeder weitere Zuschuß für die Bücher- und Lesehalle abgelehnt worden sei. Der Senat habe Ihm genug gebaut, den Wünschen der Bürgerschaft zu entsprechen. So ganz von politischen Einseitigkeiten sei die Bücher- und Lesehalle nicht frei. Die dortigen Bücher beweisen das Gegenteil. Man habe dem Volke nicht das Notwendige gegeben. Demgegenüber könne man sich die Neuanschaffungen in der Stadtbibliothek an. Der Leiter habe sich absolut nicht gescheut, Wilhelms Lebenserinnerungen ebenso aufzunehmen wie Ludendorffs und Hindenburgs Arbeiten. Aber auch Bücher geschäftlichen und politischen Inhalts seien zur Geltung gekommen, das sieht nicht der Fall war. Wenn heute auf die vielfältige Geschäftsführung der Leiterin der Bücher- und Lesehalle hingewiesen werde, so müsse eben gesagt werden, daß sich diese bei einer Verschmelzung unterordnen. Darüber brauche man um so weniger verärgert zu sein, als das frühere Verhältnis doch nur auf bedingslose Unterordnung beruhte. Der Staat bezahle für die Bücher- und Lesehalle nicht nur die sachlichen Kosten, sondern 75 % des Gehalts. Im Vorstand der Bücher- und Lesehalle habe Dr. Gilbert der Bürgerschaft bullenmäßiges Verhalten vorgeworfen. Die sozialdemokratische Fraktion lehne die Vorlage ab. Wenn die Leiterin so empfindlich sei, müsse sie sich eben einen anderen Wirkungskreis aufsuchen. Sie besitze auch ein gutgehendes Geschäft. — Senator Dr. Vermehren bestreitet, Herrn Dr. Pieth einheitig politisches Vorgehen vom Vorwurf gemacht zu haben. Ein Zusammenarbeiten Dr. Vieths mit der Leiterin der Lesehalle lasse sich ganz gut ermöglichen. — Heitmann (Komm.) wendet sich gegen das lange Reden in dieser Frage. Das Urteil liege doch klar. Seine Fraktion fordere Ueberführung der Lesehalle in Staatsbetrieb. — Evers (DN.) nimmt die Leiterin der Lesehalle in Schutz und wünscht eine organische Entwicklung zum Staatsbetrieb. So plötzlich, wie es heute gefordert werde, dürfe die Ueberführung nicht vor sich gehen. — Der Senatsantrag wird abgelehnt.

Antrag Dinter: **Die Bürgerschaft ersucht den Senat eine Abänderung des Vertragsrechts-Steuergesetzes zu veranlassen, wonach bei dem Uebergang des Eigentums an Grundstücken die innere Kaufkraft der Mark vom Datum des Erwerbs bis zum Tag des Verkaufs berücksichtigt wird.** — Der Antragsteller gibt eine Begründung. Die Umrechnung der Geldentwertung müsse kraft Reichsgerichtsurteil beim Grundstückserwerb mit berücksichtigt werden. Eine Ungerechtigkeit im Vertragsrechte müsse man vermeiden. Das Ganze aber nur geschehen, wenn die bisher falsche Anwendung der Vertragsrechte aufgehoben werde. Als Grundlage müsse die Teuerungszahl des Statistischen Amts zugrunde gelegt werden. — Brehmer (Soz.) betont, die Bodenfrage sei eine der wichtigsten unserer Zeit. Eine andere Form der Wertzuwachssteuer sei notwendig, da die Wertsteigerung von Woche zu Woche eintrete. Das sozialdemokratische Programm fordere Vergesellschaftung des Grund und Bodens, womit keine Bureaukratisierung oder völlige Enteignung des Hausbesitzes zu verstehen sei. Die Sozialdemokratie wolle auch nicht in Zusammenhang gebracht werden mit dem gegenwärtig betriebenen Volksbegehren zur Aufteilung des Landbesitzes, da die Frage der besten landwirtschaftlichen Betriebsform wissenschaftlich noch unentschieden sei. Heute komme es aufs Praktischste an. Die Besteuerung in Lübeck werde unrecht gehandhabt, das Landgebiet sei von der Grundsteuer völlig frei. Zur Wohnungsbauabgabe werfe die Stadt Millionen in die Staatskasse. Das Landgebiet ganze 120 000 Mk.; und dies in einer Zeit, wo das Land ungeheure Gewinne abwerfe. (Widerspruch Henks.) Der Redner fragt Henk, warum denn für Landstellen solch ungeheure Preise bezahlt würden, wenn kein Ertrag herauskomme. Die zukünftige Besteuerung müsse auch das Landgebiet schärfer treffen. Der Redner beantragte die Einführung einer Grundwertsteuer, die den Grund und Boden von den Gebäuden trennt, damit die Wertsteigerung des Bodens nicht nur dauernd für die Allgemeinheit nutzbar gemacht wird, sondern die Bearbeitung des Grund und Bodens eine Pflicht gegenüber der Gesellschaft wird. — Senator Dr. Vermehren verkennt die guten Gründe nicht, die für den Antrag Dinter sprechen. Die Hansestädte hätten bereits beim Reiche beantragt, daß den Ländern für den Ausfall der Wertzuwachssteuer Ersatz geschaffen werde. Der Wunsch des Herrn Brehmer, auch das Landgebiet zu der Steuer heranzuziehen, werde erfüllt. Eine Vorlage sei ausgearbeitet. — Roß (Komm.) sieht in dem Antrag Dinter eine Begünstigung der Hausbesitzer. Eine Berechtigung hätte der Antrag, wenn auch dem Hypothekenbesitzer ein gleicher Geldentwertungsausgleich zugestanden werde. Die Preissteigerung beim Hausverkauf sei tatsächlich Wertzuwachs. Der Antrag Dinter wird abgelehnt.

Anträge des Ausschusses für Unterricht, Kunst und Wissenschaft zur Denkschrift der Oberschulbehörde, betreffend zukünftige Gestaltung unseres Schulwesens und Behebung der Raumnot. — Dr. Pieth (Soz.) macht u. a. auf die Mängel in der Gewerbeschule aufmerksam. Dort würden noch Kellerräume für den Unterricht benutzt. Heizungs- und Beleuchtungsanlage seien äußerst rückständig. Bei der Beseitigung der Raumnot müßten erst die bedürftigsten Anstalten, zu denen die Gewerbeschule zähle, berücksichtigt werden, ehe an die höheren Schulen gedacht werden könne. Des weiteren behandelt der Redner die Frage der Abzweigung der Realklassen vom Katharineum und betont dabei, daß die Anwürfe Prof. Zimmermanns gegen seine Person keinen Befähigungsnachweis für die von den Philologen geforderte kollegiale Schulverwaltung erbracht habe. Im einzelnen geht Dr. Pieth auf die Verteilung der freiwerdenden Räume der Baugewerkschule, des Lehrerseminars und der Reimannschen Realschule ein. — Senator Dr. Vermehren glaubt, es sei Sache der Verwaltung, wie die Oberschulbehörde die ihr zur Verfügung stehenden Räume benutzt. — Ambrosius (Dem.) geht auf die Verhandlungen des Ausschusses über die Raumnot ein. Diese sei besonders kraß in Volks- und Mittelschulen und der 3. Mädchenschule. Ein Schulhausneubau erfordere 2—3 Milliarden. Das kann Lübeck nicht aufbringen. Deshalb sei die Frage der Zusammenlegung der höheren Schulen spruchreif. Die Großheimische Realschule könne dem Johanneum angegliedert werden. Dadurch werde ein Schulhaus frei. Für die Abstoßung des Real-Gymnasiums am Katharineum sprächen ebenso viele Gründe wie dagegen. Der Redner stellt ein Ersuchen, nach dem die Oberschulbehörde beauftragt wird, möglichst umgehend einen Bericht über die eventuelle Zusammenlegung der höheren Schulen zu erstatten. — Frl. Koltze (DN.) beschwert sich darüber, daß ihr als Kommissionsmitglied ein Antrag vor Drucklegung nicht unterbreitet wurde. — Dr. Leber (Soz.) wendet sich gegen Ausführungen von Ambrosius, dessen Forderung an die Oberschulbehörde schon früher vom Ausschuß für Unterricht, Kunst und Wissenschaft gestellt worden sei. Die durch Einführung der Grundschule verschiedentlich freigewordenen Räume seien immer von den Direktoren reklamiert worden. Der Redner bespricht u. a. ebenfalls die Frage einer Vereinfachung des höheren Schulwesens und verwahrt sich gegen die Unterschiebung parteipolitischer Rücksichten. — Evers (DN.) hält die Angelegenheit einer Abtrennung von Unterrichtszweigen höherer Lehranstalten noch nicht für spruchreif. — Ein Antrag auf Schluß der Beratung wird abgelehnt. — Ambrosius (Dem.) läßt sich erneut über seinen Antrag aus, der eine Zusammenlegung höherer Schulen in den Bereich der Möglichkeit setzt. — Haut (Soz.) beantragt Rückverweisung der Angelegenheit an den Ausschuß für Unterricht, Kunst und Wissenschaft. — Der Antrag Brehmer betr. Grundwertsteuer wird angenommen. Ebenso ein Antrag Beck und Genossen betr. Regelung der Entschädigung der Bürgerschaftsmitglieder entsprechend der Geldentwertung.

Mittel für die Weiterführung der Gemeindepflege. — Frau Grewe (Komm.) fordert Uebernahme der Einrichtung auf den Staat. — Senator Hoff hebt die bisherige segensreiche Wirkung des Vereins hervor. Gesinnungsschnüffelei sei nicht getrieben worden. Eine Verstaatlichung erfordere ungeheure Mehrkosten, als hier verlangt würden. — Ziesenitz (Arbg.) spricht sich für die Dringlichkeit der Senatsvorlage aus. Die Gemeindeschwestern hätten große Opferwilligkeit an den Tag gelegt. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

Ratifikation eines auf das Hanseatische Oberlandesgericht bezüglichen Zusatzvertrages. — Dr. Haun (Soz.) stellt ein Ersuchen, der Senat möge bei der Reichsregierung beantragen, die Zuständigkeit des Amtsgerichts in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten angemessen zu erhöhen. Diese betrug früher 600 Mk., wurde danach auf 10 000 Mk. erhöht. Weiter erkundigt sich der Redner nach dem wiederholt gestellten Ersuchen betr. Entschädigung der Referendare. Die heutige Regelung widerspreche den seinerzeit geforderten Grundsätzen. — Staatsrat Dr. Lange: Es liegt bereits im Reichsrat eine Vorlage über die Entlastung der Gerichte vor. Die Regelung der Vergütung der Referendare ist im engsten Anschluß an Preußen erfolgt. Im ersten Vorbereitungsjahr werden monatlich 67 000 Mk. bezahlt, im 2. 98 000 und im 3. 134 000 Mark, bei Unterstützung durch die Eltern ermäßigt sich der Betrag um 30 Prozent. — Der Senatsantrag wird angenommen. — Das Ersuchen Hanns (Soz.) wird ebenfalls angenommen.

Beschaffung von Verbrennungseinsätzen und Ueberfärgen. — Schlosser (Arbg.) sieht in dem Vorgehen der Friedhofsbehörde eine prizipielle Aenderung des bisherigen Zustandes. Sie betreibe sozusagen eine Kommunalisierung des Beerdigungswesens. Dabei frage sich, ob dadurch eine Verbilligung des Bestattungswesens erfolge. Die Friedhofsbehörde habe in wenigen Tagen einen Aufschlag von 1500 Prozent gefordert. Die Bestattungsunternehmer machten es billiger. Seine Fraktion könne der Vorlage die Zustimmung nicht geben. Er beantrage Ueberweisung an einen Ausschuß. — Senator Bromme: Die Geldentwertung hat die Bestattungskosten ins Unerträgliche gestaltet. Die Friedhofsbehörde wird wegen Kostennachlaß überlaufen. Die letzten Kokspreiserhöhungen hatten die Friedhofsbehörde veranlaßt, nach Verbilligung Umschau zu halten. Mit den Verbrennungseinsätzen wurden anderwärts gute Erfahrungen gemacht. Eine Kommunalisierung sei mit der Anschaffung dieser Neuerung sicher nicht gemacht. — Stahlschmidt (DV.) fragt, warum die Särge nicht hier fabriziert werden. Die Verpackungs- und Frachtkosten seien viel zu teuer. Man sollte die Arbeit in der Stadt lassen. — Frau Grewe (Komm.) fordert Unentgeltlichkeit der Beerdigung. In der Kostenersparnis stimmt die Rednerin Pastor Stahlschmidt zu. — Rosenquist bemängelt den Standpunkt des Senators Bromme. Dieser habe nicht einmal mit dem selbständigen Handwerk konferiert, obwohl im Gewerbe 100 Arbeitslose vorhanden seien. Auch dem Senat müsse daran gelegen sein, daß sich die Erwerbslosen nicht weiter vermehren. — Ambrosius (Dem.) bemängelt die Kalkulation der Friedhofsbehörde. Man brauche die Särge nicht aus Süddeutschland zu holen, wenn man sich diese hier ebenso billig verschaffen könne. — Senator Bromme betont, daß die Friedhofsbehörde nicht an eine Schädigung des Lübecker Handwerks gedacht habe. — Rosenquist (Arbg.) macht wiederholt Senator Bromme und dem Wortführer Vorhaltungen. Dem einen wirft er Gesinnungswechsel vor, dem andern Parteilichkeit der Geschäftsführung. — Dreger (Soz.) bezeichnet das Vorgehen Rosenquists und seiner Freunde als eine Privatinteressenvertretung in höchster Potenz. Diese könne ihren Gesichtskreis nicht über die Hobelbank hinaus erweitern. Eine wirkliche Kommunalisierung des Bestattungswesens würde im Interesse der Bevölkerung liegen. Man soll doch die Bemühungen der Friedhofsbehörde um die Verbilligung des Bestattungswesens anerkennen und die Erfolge erst einmal abwarten. — Der Antrag wird mit einfacher Mehrheit angenommen.

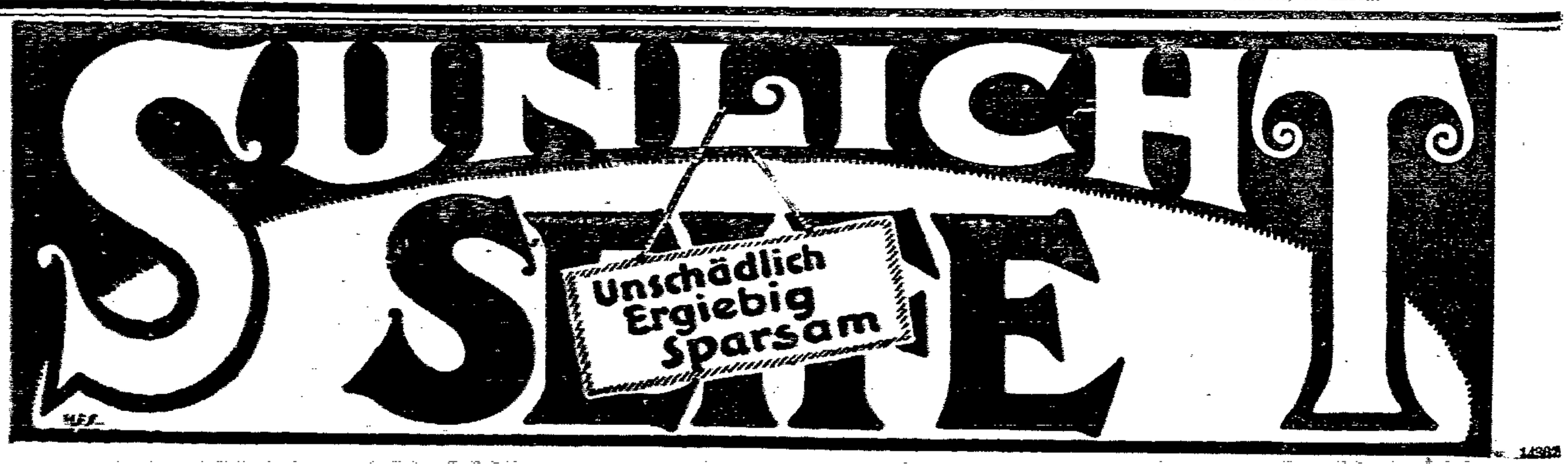
Ohne Debatte wurden angenommen: **Erlaß eines neuen Beamtenbesoldungsgesetzes. — Verkauf einer Landfläche an der Elswigstraße. — Verkauf eines Fabrikplatzes an die Firma B. Glogner u. Co. u Lübeck.**

Die Sitzung wird auf kommenden Montag vertagt.
Schluß 10¼ Uhr.

Allerlei Wissenswertes.

Eine seltsame Fichte. Ein merkwürdiges Naturdenkmal befindet sich in der Nähe der Siedlung Baden im Ostenholzer Moor (Lüneburger Heide). Dort ist eine mittelgroße Fichte vom Sturm umgeworfen worden, so daß ihr Stamm jetzt wagerecht über dem Erdboden liegt. Da ein Teil der Wurzeln im Boden stecken blieb und so weiterhin für die Ernährung sorgen konnte, so blieb der Baum am Leben. Dabei haben sich nun die Aeste der Oberseite senkrecht aufgerichtet und zu einzelnen baumartigen Gebilden ausgebildet, die ihre Zweige wagerecht nach allen Seiten ausstrecken, während sich die in den Boden hineinragenden Aeste der Unterseite zu regelrechten Wurzeln umgewandelt haben.

Neue Bücher.

Volksausgabe der Philosophie des Als Ob. Der immer lebhafter werdende Wunsch weiter Kreise nach philosophischer Bildung und Vertiefung wird manchen zu eingehender Beschäftigung mit Hans Vaihingers eigenartigem Werk drängen, das bei seinem ersten Erscheinen 1911 mit Recht als die derzeitige wichtigste Veröffentlichung in der deutschen Philosophie gepriesen wurde. So kommt die schon seit längerer Zeit von Vaihinger selbst geplante und von Dr. Raymund Schmidt-Leipzig mit feinem Verständnis besorgte Volksausgabe der Philosophie des Als Ob zur rechten Zeit. Der Herausgeber hat mit sicherem Griff die Partien weggelassen, die dem Laien das Verständnis des Werkes erschweren und ihm die großen Linien zu verwischen drohen; jetzt wird die „Volksausgabe" dieses geistesstarken und befruchtenden Buches, das für alle denkenden Menschen geschrieben ist, den Weg zu Vaihingers Problemen erleichtern. Und so wird das, was Vaihinger zu sagen hat, daß das Als Ob, daß der Schein, daß das Bewußt-Falsche eine enorme Rolle in der Wissenschaft, in der Weltanschauung und im Leben spielt — daß wir nicht wissen können, wie die Dinge wirklich sind, aber mit gewissen, oft in sich widerspruchsvollen Annahmen arbeiten müssen, wissend, daß es nur Annahmen sind: als ob es so wäre, obwohl es gar nicht so sein kann — den Leser an die „höchsten und wichtigsten Fragen des menschlichen Denkens" heranführen, ihn aber auch überzeugen, daß das sich nach dem Gesetz der „Ueberwucherung des Mittels über den Zweck" vom ursprünglichen Zweck losgerissene und sich zum Selbstzweck gemachte Denken vor Aufgaben gestellt hat, denen es nicht gewachsen ist, und daß sich das Vorrecht des Praktischen vor unlösbaren Widersprüchen, mit denen unser Verstand sich quält, geltend macht — — „Wir begreifen die Welt nicht, indem wir über ihre Rätsel nachdenken, sondern indem wir an ihr arbeiten"! Diese mahnenden Worte stammen aus Vaihingers Munde, und es lohnt schon, sich mit diesem vom Leben hart geprüften Gelehrten zu beschäftigen, dessen politischer Pessimismus und dessen voraussehendes scharfes Erkennen deutsches Wesen und deutsches Schicksal so ganz anders bewerteten, als es die verblendete Hurrastimmung des kaiserlichen Deutschlands tat. — Möge sein Hauptwerk in der vom Verlag Felix Meiner-Leipzig sehr geschmackvoll ausgestatteten Volksausgabe zahlreiche neue Anhänger gewinnen. H.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.